I. Einleitung

In der Verfassungsgebenden Versammlung 2007/2008 kam es zu einem Konflikt, der so nur von wenigen erwartet wurde. Die Frage, wie die multiethnische Zusammensetzung Ecuadors verstanden werden sollte, führte zu zwei Antworten, deren Vertreter sich intensiv bekämpften. Die Konfliktlinien gingen quer durch die Fraktionen der Versammlung und die Zivilgesellschaft. Die Indigenenbewegung, von manchen als homogener Akteur gesehen, war zerstritten. Auf der einen Seite gab es die Verfechter des Begriffs der Plurinationalität. Das war die größte Indigenenorganisation CONAIE[1], die ihr nahestehende Partei MUPP-NP[2] und einige Abgeordnete der Mehrheits- und Regierungspartei Alianza PAÍS (AP), vor allem das AP- und CONAIE-Mitglied Mónica Chuji. Auf der anderen Seite befand sich die Sozialistische Partei, die eine Koalition mit der AP formte und weitgehend von einer anderen Indigenenorganisation, der FENOCIN[3], kontrolliert wurde. Diese Position kritisierte den Vorschlag der Plurinationalität als ethnozentrisch oder Angriff auf das Vaterland und wurde von vielen liberalen und konservativen Abgeordneten unterstützt. Der Gegenvorschlag dieser Gruppe war der Begriff der Interkulturalität. Die Auseinandersetzung wurde dadurch gelöst, dass beide Begriffe ohne genaue Definitionen in die Verfassung übernommen wurden – daher auch nicht so weitgehend, wie das sich beide Gruppen gewünscht hatten (vgl. Simbaña 2008a: 240). So bewegten sich beide Organisationen der Indigenenbewegung in den folgenden Jahren immer weiter von der Regierung weg und begannen, über gemeinsame Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu verhandeln.

1 Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors).

2 Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik – Nuevo País (Bewegung der Plurinationalen Einheit Pachakutik – Neues Land).

3 Confederación Nacional de Organizaciones Campesinas, Indígenas y Negras (Nationale Föderation der Bauern-, Indigenen- und Schwarzenorganisationen).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Beide Begriffe, Plurinationalität wie Interkulturalität, waren bereits seit Beginn bzw. Mitte der 1990er Jahre bekannte Forderungen der Indigenenbewegung, die mit ihnen eine stärkere Partizipation der Indigenen und einen Abbau von Diskriminierung und Ungleichheit verbindet. Beide Begriffe spielen eine wichtige Rolle im Kampf gegen das, was die größten Indigenenorganisationen als kulturelle und soziale Ungleichheit beschreiben. Tatsächlich kann man in Ecuador die Verbindung von ethnischen und sozialen Faktoren in einem schon lange bestehenden, weitgehend undurchlässigen sozialen System beobachten – von Aníbal Quijano als Kolonialität der Macht bezeichnet.

Die indigenen Organisationen in Ecuador haben, vor allem seit dem Inti Raymi-Aufstand 1990, konkrete Forderungen, wie die nach bestimmten Rechten, wirtschaftlicher Unterstützung oder politischer Repräsentation, mit anderen, weniger konkreten oder transzendenten Forderungen, die sich um die Begriffe Interkulturalität und Plurinationalität herum aufbauen, verbunden. Diese beiden Begriffe beinhalten – je nach der Verwendung, die ihnen eine bestimmte Organisation zu einer bestimmten Zeit zukommen lässt – durchaus konkrete Forderungen, integrieren sie aber in ein komplexes, gesamtgesellschaftlich gedachtes Projekt.

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Frage, was die Begriffe Plurinationalität und Interkulturalität bedeuten, wie sie sich entwickelt haben und ob sie als dekoloniale oder dekolonialisierende Begriffe im Sinne Quijanos zu verstehen sind. Dazu wird in einem ersten Schritt untersucht, wer diese Begriffe in welchem Kontext entwickelt. Anschließend wird die Entwicklung der Begriffe selbst nachgezeichnet und schließlich werden sie auf ihren dekolonialen Inhalt hin geprüft. Diese drei Schritte sind in drei Teile der vorliegenden Arbeit aufgeteilt, von denen sich jeder einer anderen Methode bedient. Der erste Teil zeichnet die Geschichte der Indigenenbewegung Ecuadors und ihrer Organisationen nach. Er bedient sich vor allem der Texte der Organisationen selbst, die durch Sekundärquellen bzw. wissenschaftliche Arbeiten ergänzt werden. Dieser Versuch einer Geschichte von unten wird von einer weitergehenden Interpretation der ecuadorianischen Indigenenbewegung im Lichte der Theorien sozialer Bewegungen abgeschlossen. Der zweite Teil der Arbeit analysiert die zentralen Begriffe der Indigenenbewegung aus der Perspektive einer begriffszentrierten Diskursanalyse[4], die sich an Begriffsgeschichte und Diskurstheorie orientiert. Dazu werden zuerst die verschiedenen Begriffe einzeln behandelt, um so ihre Position im Diskurs der Indigenenbewegung und die Wechselbeziehungen zwischen ihnen deutlich machen zu können. Erst im Anschluss werden sie mit diskursanalytischen und begriffsgeschichtlichen Instrumenten als analytische Einheit behandelt und als Bestandteile eines relativ kohärenten Diskurses interpretiert. Dieses Vorgehen wurde gewählt, um die Untersuchung der Begriffe

4 Diese wird im Abschnitt I.3. entwickelt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht von vorneherein theoretisch und methodisch einzuschränken und die Beachtung theoretisch wenig relevanter Details zu gewährleisten. Der dritte Teil schließlich untersucht in einem ersten Kapitel die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit in Ecuador durch die Organisationen der Indigenenbewegung als kolonial oder kolonialisierend, um anschließend ihre Forderungen und Vorschläge auf gegen diese Kolonialität gewendete Inhalte zu untersuchen. Dabei stützt sich dieser letzte Teil auf die Theorie der Kolonialität der Macht und des Wissens von Aníbal Quijano, Walter Mignolo und anderen. Insgesamt verfolgt die vorliegende Arbeit einen analytischen Ansatz, der sich an den zu untersuchenden Phänomenen orientiert – und nicht in erster Linie an bestimmten Theorien.

Es werden also in drei Teilen drei Fragenkomplexe untersucht, die aufeinander aufbauen und dennoch in sich geschlossen sind. Diese Schließung wird jeweils durch ein theoretisch geprägtes Schlusskapitel deutlich.

1. Wo tauchen die untersuchten Begriffe auf? In welchem Kontext und durch wen werden sie verwendet?

Dieser Fragenkomplex widmet sich den Indigenenorganisationen und ihrer Entwicklung, um so eine Kontextanalyse der untersuchten Begriffe zu erlauben.

2. Wann tauchen die untersuchten Begriffe auf? Wie entwickeln sie sich?

Dieser Fragenkomplex widmet sich der Begriffsgeschichte der einzelnen Begriffe und ihrer Funktion im Diskurs der Indigenenbewegung.

3. Sind die Begriffe und der Diskurs der Indigenenbewegung dekolonial im Sinne der Kolonialität der Macht? Wie ist das Verständnis der Indigenenbewegung von Kolonialität bzw. systematischer Diskriminierung?

Dieser Komplex versucht, die beiden vorangegangenen unter der Perspektive der Kolonialität der Macht zu integrieren.

Die meisten Forschungsarbeiten müssen sich zwischen einem diachronen und einem synchronen Ansatz entscheiden oder zwischen einem Vergleich vieler, gleichzeitig stattfindender Phänomene und der Erforschung der Entwicklung eines Phänomens. Die vorliegende Arbeit hat sich zu einem eher diachronen Ansatz entschlossen. Ein Phänomen – die zentralen Begriffe der ecuadorianischen Indigenenbewegung – soll möglichst vollständig erfasst werden. Das führt dazu, dass synchrone Phänomene – etwa Indigenenbewegungen anderer Länder – tendenziell vernachlässigt werden. Genauso wird die Erforschung des Indigenismus als intellektuelle Bewegung der mestizischen[5] (nicht-

5 Mestizen (sp. *mestizos*) verstehen sich in einem kulturellen und biologischen Sinne als Produkt der Mischung von Indigenen und Europäern.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

indigenen) Mittelschicht und der Akademie (siehe etwa Becker 2007) vernachlässigt – abgesehen von den wenigen direkten Einflüssen, die nachweisbar sind. Das schließt auch Bedeutungskämpfe über bestimmte Begriffe außerhalb der Indigenenbewegung aus – die Frage, wer in Ecuador warum und wie von Interkulturalität spricht (Walsh 2003: 115) geht weit über den hier entwickelten Forschungsrahmen hinaus. Der erforschte Zeitraum beginnt mit der Gründung der ersten indigenen Gewerkschaften, die 1944 die Ecuadorianische Indio-Föderation (*Federación Ecuatoriana de Indios*, FEI) gründen sollten, und bezieht sich auf die organisatorischen Aspekte der so beginnenden Indigenenbewegung. Allerdings wird keine Ereignisgeschichte betrieben, wie sie in manchen Schriften zu konkreten Mobilisierungen zu finden ist. Es sollen nicht tagespolitische Ereignisse nachgezeichnet, sondern allgemeine Entwicklungen deutlich gemacht werden.

Auch die vielfältigen Texte, die die Begriffe der Indigenenbewegung philosophisch und ohne den Kontext der Bewegung selbst analysieren – die Begriffe Interkulturalität und Gutes Leben (Sumak Kawsay) sind gute Beispiele dafür – werden in der vorliegenden Arbeit nur am Rande bearbeitet. Die philosophische Interpretation der Begriffe, die die Indigenenbewegung verwendet, und ihr Weiterdenken wird nur dann aufgegriffen, wenn sie unmittelbar dem Verständnis dieser Begriffe und ihrer Entwicklung dient. Insbesondere auf nicht-empirisch orientierte Texte zu Interkulturalität und pluriethnische Zusammensetzung von Staaten wird kein Bezug genommen, um den Schwerpunkt auf den Diskurs der Indigenenbewegung legen zu können und nicht in ein Überprüfen von Theorien übergehen zu müssen.

Viele der bisherigen Arbeiten zur ecuadorianischen Indigenenbewegung sind einem politikwissenschaftlichen Ansatz verpflichtet und konzentrieren sich auf die Analyse staatlicher Institutionen im Sinne der Demokratisierungstheorie. Einflussreich ist dabei Donna Lee Van Cott (2005), die den Begriff der Ethnopolitik von Max Hildebert Boehm, einem Vertreter der völkischen Bewegung und der konservativen Revolution der 1920er, weiterentwickelt und unter anderem auf Ecuador anwendet. Das Politikverständnis dieser Denklinie führt zu einer Überbetonung von Parteien und staatlichen Institutionen – weshalb die Gründung von Pachakutik als erster indigener Partei in Ecuador im Sinne von einem Fortschritt von einer gering institutionalisierten sozialen Bewegung hin zu einer hochgradig institutionalisierten politischen Partei verstanden wird – ein Verständnis, das hier nicht geteilt wird. Auch die Arbeit, die dem hier vorliegenden Ansatz am nächsten kommt, die Dissertation von Robert Andolina (1999), ist wegen dieser Staatsbezogenheit gewissen Beschränkungen unterworfen.

Ein weiterer Ansatz, der hier nicht verfolgt wird, ist die ethnologische Herangehensweise, wie sie etwa Sánchez-Parga anwendet. Es soll der von den Organisationen getragene und weiterentwickelte Diskurs untersucht werden und nicht seine Verankerung in der Basis. Auch wenn es durchaus interessant wäre, das Verständ-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nis von Plurinationalität in einer indigenen Gemeinde zu untersuchen, oder lokale Indigenenführer zu befragen, was für sie eine indigene Nationalität ausmacht, ist das eine völlig andere Forschung, die völlig andere Methoden nötig macht. Auf den deutschen Kontext übertragen wäre das wie eine Analyse der Parteitagsbeschlüsse der SPD[6] im Vergleich mit einer Befragung in einem bestimmten Ortsverein der SPD, was denn Sozialdemokratie oder Solidarität bedeutet. Zwei sicherlich interessante Forschungen – die allerdings in ihrer doppelten Dimension als Grundlagen- und vergleichende Forschung eine großen institutionellen Rahmen nötig machen.

Was ist der Indigene?

Eine Arbeit über die ecuadorianische Indigenenbewegung macht ein Verständnis der Kategorie des Indigenen notwendig. Als Indigene versteht die vorliegende Arbeit jene Völker, die in schon vor der europäischen Eroberung in Amerika gelebt haben. Die Erfahrung der Eroberung, der Kolonie und der Republik haben ihre Identitäten im Kontext ihres Landes besonders geformt (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 9f.). Die Kategorie der Indigenen bezeichnet die Kolonisierten, ist also nur im Sinne von Eroberung und Kolonie zu verstehen. Vor diesem Einschnitt gab es keine Indigenen, sondern nur die verschiedenen Völker, etwa Kichwa, Shuar, Maya, usw. – die ebenfalls von Eroberung und Kolonie entscheidend verändert wurden. Also wird der Indigene von den Kolonisierern, den Europäern als Anderer und Unterlegener erschaffen, er ist ein Effekt der Kolonisierung Amerikas (Bonfil Batalla 1981: 19).

„Die Kategorie des Indios ist supraethnisch, das heißt, sie bezieht sich nicht auf die Verschiedenheit der Völker, die unter dem Titel Indios zusammengefasst werden, oder berichtet über sie, denn die Definition selbst (der Begriff des Indios) geht vom Unterschied mit dem Nicht-Indio aus und diese Unterscheidung ist die einzige, die zählt, das, was dem Indio-Sein Sinn gibt." (Bonfil Batalla 1981: 20)[7]

Daher ist die Identität nicht essentiell, sondern prozesshaft; sie wird über die Abgrenzung von Individuen und Gruppen von anderen als grundlegendes Prinzip ihrer Selbsterhaltung erzeugt (Almeida 1997: 175). Die Konstruktion der indigenen und der mestizischen Identität im Kontext der Kolonialität der Macht wird später genauer behandelt.

6 Oder einer beliebigen anderen Partei.

7 Alle Übersetzungen durch den Autor.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Indigene in Ecuador

Der Staat Ecuador entstand als ein künstliches Gebilde ohne wirtschaftliche oder soziale Kohärenz oder ein festgelegtes Territorium – und blieb lange Zeit so (Simbaña 2005: 201). Die drei urbanen Zentren Guayaquil, Quito und Cuenca strebten in den ersten Jahrzehnten der Existenz Ecuadors als unabhängiger Staat eine weitgehende Eigenständigkeit an. Gleichzeitig bestimmte die zunehmende Integration des jungen Landes in den Weltmarkt die Entwicklung auch der politischen und sozialen Strukturen Ecuadors (Acosta 2001: 15). So führte eine Gesellschaftsordnung, die in erster Linie auf Großgrundbesitz fußte und daher auf wirtschaftliche Öffnung angewiesen war, zu einem „abhängigen kulturellen Schema" (Acosta 2001: 48), dass die Herausbildung einer Gruppe innovativer Unternehmer oder einer nationalen Elite weitgehend verhinderte (Acosta 2001: 135). In diesem Gegensatz zwischen dem Machtstreben lokaler Oligarchien und der marginalisierenden Internationalisierung Ecuadors wurden die Indigenen, bis ca. Mitte des 20. Jahrhunderts die Bevölkerungsmehrheit des Landes, meist ignoriert. Das spiegelt sich am besten in der Sprachenpolitik des Landes wider. So wurde Spanisch als privilegierte Sprache, als Sprache der Oberschicht definiert, wodurch ein „diglossischer Bilingualismus" (Moya 1987: 391) entstand, in dem die indigenen Sprachen auf „eingeschränkte und stigmatisierte Kommunikationsfunktionen" (Moya 1987: 391) beschränkt wurden. Die Versuche der politischen Eliten, ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts eine nationale Identität und entsprechende Institutionen aufzubauen (Selverston 1994: 148), haben diese Marginalisierung der Indigenen auch in anderen Bereichen verstärkt. So blieb etwa der unterschiedliche Zugang zu beruflichen Positionen bestehen, wie die zunehmende Migration von Indigenen in die Städte ab den 1960ern deutlich macht (Ibarra 1999: 78f.).

Die grundlegende Schwäche des ecuadorianischen Staates und seiner politischen Strukturen im Sinne eines „Defizits an Legitimität" (Burbano 1998: 7) führt zu einer Radikalisierung der verschiedenen Forderungen, die die Strukturen weiter schwächt (Burbano 1998: 7) – während sich die jeweiligen Akteure als Vertreter der wahren Demokratie präsentieren (Burbano 1998: 4). Somit sind die grundlegenden Regeln der Politik in Ecuador ständig umstritten (Burbano 1998: 8) – während der Staat in Gesellschaft und Wirtschaft zentral ist. Das führt dazu, dass der Staat – als Ziel von Eroberung oder Gegner – für die Akteure der Politik in Ecuador im Mittelpunkt steht, während die demokratischen Institutionen relativ schwach geblieben sind (Burbano 1998: 11). Statt den Umweg über Parteien und Parlamente zu nehmen, wird versucht, unmittelbar auf die Regierung Druck auszuüben (Burbano 1998: 13f.). Die Konzentration der Macht im Staat und seine geographische Verortung in der Hauptstadt auch in den Phasen staatlich gelenkter Modernisierung in den 1960ern und 1970ern verstärkte die Bedeutung der urbanen Zentren, vor

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

allem Quito und Guayaquil, weiter (Burbano 1998: 13). Diese Fixierung auf den Staat begünstigte die Entwicklung des Populismus als Politikform nach der Rückkehr zur Demokratie 1979, der sein Versprechen einer größeren Teilhabe des Volkes an den Entscheidungsprozessen nicht über eine Veränderung der Strukturen umsetzte (Acosta 2001: 142/143).

Daher lässt sich die politische Rolle der Indigenen gut an der Entwicklung der Verfassungen verfolgen – denen durch die hohe Bedeutung des Staates bei gleichzeitiger Bedeutungslosigkeit der demokratischen Strukturen eine große Zentralität zukommt. Die progressive Verfassung von 1945 erklärte in ihrem 5. Artikel Spanisch zur Amtssprache des Landes und die indigenen Sprachen zu „Bestandteilen der Nationalkultur" (Trujillo 1992: 168). Dieser Fortschritt wurde schon in der nächsten Verfassung (1946) rückgängig gemacht, in der die Indigenen und ihre Sprachen keine Erwähnung finden. Diese Linie behielt auch die nächste Verfassung (1967) bei, die in ihrem 38. Artikel die indigenen Sprachen „wo nötig" für die Erziehung vorsieht, „damit der Erzogene in seiner eigenen Sprache die Nationalkultur begreift und dann Spanisch übt." Die Verwendung der indigenen Sprachen in der Erziehung in den von Indigenen besiedelten Gebieten sieht auch die Verfassung von 1979 in ihrem 27. Artikel vor (Trujillo 1992: 168), die zudem die indigenen Sprachen erneut als „Bestandteile der Nationalkultur" (Art. 1) anerkennt. Im 4. Artikel verurteilt der ecuadorianische Staat „alle Formen von Kolonialismus, Neokolonialismus und rassischer Diskriminierung oder Abgrenzung." Die Verfassung von 1998 erklärt Ecuador zu einem „plurikulturellen und multiethnischen" (Art. 1) Staat und erkennt die indigenen Sprachen für die „offizielle Verwendung für die indigenen Völker" (Art. 1) an. Zudem werden in den Artikeln 83, 84 und 85 zum ersten Mal die kollektiven Rechte der indigenen Völker anerkannt – ohne dadurch den Staat zu einem plurinationalen Staat zu erklären (Simbaña 2005: 206). Die Verfassung 2008 schließlich erklärt Ecuador zu einem „interkulturellen, plurinationalen [...] Staat" (Art. 1), und definiert spezielle Rechte für die indigenen Nationalitäten und der Anerkennung indigener Rechts- und Wirtschaftssysteme umsetzt (Larrea 2008: 38). In der vorliegenden Arbeit wird die Integration ethnischer Themen in die politische Kultur und schließlich in die Verfassungen von 1998 und 2008 nicht als „Öffnung des Staates [und] der Zivilgesellschaft" (Büschges 2009: 46) verstanden, also als eine Art freiwillige Gabe der mestizischen Mehrheitsgesellschaft an die Indigenen, sondern im Sinne der Indigenenbewegung als mühsam und langfristig erkämpfte Rechte. Daher muss die höhere Präsenz dieser Themen keinesfalls eine größere Teilhabe der Indigenen bedeuten – zumindest in einigen Fällen kann davon ausgegangen werden, dass die Betonung des Ethnischen diese Teilhabe verhindern soll. In diesem Sinne beschreibt Aníbal Quijano „die immer weiter anwachsende Familie der Begriffe, die die Frage der Identität umschreiben, um sie von der Frage der Macht fernzuhalten" (Quijano 2006a: 13).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nach den Daten des Zensus von 2010 (INEC 2010) leben 14.483.499 Menschen in Ecuador. Davon verstehen sich 1.018.176 Personen oder 7,0% der Gesamtbevölkerung als Indigene. Der Zensus von 2001, der zum ersten Mal ethnisches Selbstverständnis abfragte, zählte noch 830.418 Indigene, oder 6,8% der Bevölkerung (Chisaguano 2008: 100). Die Zahlen machen also deutlich, dass frühere Schätzungen – etwa Lucas (2000: 13), der von 3,5 Millionen Indigenen von 11,5 Millionen Ecuadorianern spricht – unverhältnismäßig hoch ausfallen. In den vorherigen Erhebungen wurden die Muttersprache der Bevölkerung abgefragt, wonach es 1950 347.745 und 1990 362.500 indigene Muttersprachler gab (Chisaguano 2008: 97). Die Tatsache, dass im sich Zensus 2001 830.418 Personen als Indigene verstehen, aber nur 524.136 Personen eine indigene Muttersprache angeben, zeigt die geringe Vergleichbarkeit der beiden Methoden (Chisaguano 2008: 102). Die meisten der Indigenen (86,2%) haben in diesem Zensus Kichwa als Muttersprache angegeben, nur 8,8% Shuar und jeweils 1% oder weniger die restlichen indigenen Sprachen (Chisaguano 2008: 103). 49,2% gaben an, der Nationalität der Kichwa und 6,3% der Nationalität Shuar anzugehören (Chisaguano 2008: 105).

Den Indigenen stehen etwa gleich viele Mitglieder von drei weiteren Bevölkerungsgruppen gegenüber. So gibt es – zusammengerechnet – eine vergleichbare Anzahl von Afroecuadorianern (615.262), Schwarzen (145.398) und Mulatten (280.899), mit 1.070.728 geringfügig mehr Montubios – eine Volksgruppe von Bauern im Küstengebiet – und mit 882.383 deutlich weniger Weiße. Erwartungsgemäß verstehen sich die meisten Ecuadorianer (10.417.299) als Mestizen, geben also an, sowohl indigene als auch weiße Vorfahren zu haben. Unter den Indigenen ist die größte Gruppe die Hochland-Kichwa mit 328.149, ergänzt von anderen Kichwa-Völkern wie den Puruhá (136.141), den Otavalos (56.675) und anderen, kleineren Kichwa-Völkern. Die Shuar stellen mit 79.709 Mitgliedern die zweitgrößte indigene Nationalität Ecuadors. Die anderen indigenen Völker und Nationalitäten sind kleiner und haben selten mehr als 10.000 Mitglieder (INEC 2010).

Die regionale Verteilung der Indigenen ist relativ klar. Nach den Daten von 2001 leben 71,7% der Indigenen im Andenhochland, 19,6% im Amazonasgebiet und 8,5% an der Küste (Chisaguano 2008: 102). In den Provinzen des Hochlandes leben daher die meisten Indigenen. In Chimborazo leben 18,5% aller Indigenen, in Pichincha 11,5%, in Imbabura 10,5%, in Cotopaxi 10,1% und in Tungurahua 7,9% (Chisaguano 2008: 101). Alle diese Provinzen befinden sich im Hochland. Während die meisten Indigenen eine Minderheit im stark bevölkerten Andenhochland sind, stellen die wenigen Indigenen, die im Amazonasgebiet leben, einen hohen Anteil an der Bevölkerung dort. Diese Daten können nur als Annäherung genommen werden, da sie politisch hochgradig bedeutsam sind und die verschiedenen Gruppen ein Interesse an besonders hohen oder besonders niedrigen Zahlen haben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1. THEORIEN UND METHODEN DER FORSCHUNG

1. Kolonialismus und Kolonialität

Die Beschäftigung mit Ungleichheit in Lateinamerika hat in den 1960ern zur Entwicklung des Begriffes des internen Kolonialismus durch Wissenschaftler der neuen Linken (González Casanova 2006: 411) wie Pablo González Casanova und Rodolfo Stavenhagen geführt. Dieser Begriff sollte die Herrschaftsbeziehungen und die sozialen Strukturen innerhalb der unterentwickelten kapitalistischen Nationalstaaten der wirtschaftlichen Peripherie erklären (Quintero 2010: 12). González Casanova führt den Begriff des internen Kolonialismus auf die Analyse Lenins der Lage der unterdrückten Völkern im zaristischen Russland zurück (González Casanova 2006: 412). Darauf aufbauend hat er ihn im Laufe der 1960er zur Analyse der Klassenstruktur und der Staatsmacht in den Staaten Lateinamerikas verwandt. Von besonderem Interesse war dabei die Verbindung ethnischer Faktoren mit dem Zugang zu politischer Macht im Staat und die Rolle externer Faktoren im Sinne eines Imperialismus (González Casanova 2006: 415). Interner Kolonialismus findet auf wirtschaftlichem, politischem, sozialem und kulturellem Gebiet statt und entwickelt sich zusammen mit Kapitalismus und Nationalstaat, wodurch diese Kategorie schnell von kritischen Wissenschaftlern und einigen sozialen Bewegungen aufgegriffen wurde (González Casanova 2006: 409). Die unterdrückten Völker werden in Bedingungen gedrängt, die den Kolonialismus charakterisiert haben: sie haben kein Recht auf eine Selbstverwaltung oder eine Beteiligung an Entscheidungen, stattdessen werden sie von Mitgliedern anderer Ethnien oder Völker dominiert (González Casanova 2006: 410). Diese Struktur wird durch den Kolonialismus und seine Konzentration auf die Metropolen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Beziehungen innerhalb der Kolonien und zwischen ihnen (González Casanova 1969: 232f.) gebildet. Damit geht eine enge Einbindung bestimmter Ethnien in politische Entscheidungen einher, die dazu führt, dass „die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen Beziehungen zwischen heterogenen, kulturell verschiedenen Gruppen sind“ (González Casanova 1969: 236). Tatsächlich spielen Rassismus und Rassentrennung eine entscheidende Rolle im System des Kolonialismus: sie verhindern soziale Mobilität und kulturellen Austausch und garantieren so eine große Anzahl an unqualifizierten Arbeitern (González Casanova 1969: 237). Diese Form des internen Kolonialismus bleibt in den meisten lateinamerikanischen Staaten auch nach dem Ende der Kolonien bestehen und verändert sich auch mit Industrialisierung und Agrarreformen nur wenig (González Casanova 1969: 249). Für González Casanova ist der interne Kolonialismus „ein weiteres Hindernis für die Integration eines für die industrialisierte Gesellschaft typischen Klassensystems und [kann] die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsache des Klassenkampfes zugunsten eines Rassenkampfes verdunkeln“ (González Casanova 1969: 249).

Auch innerhalb der Anthropologie wurden seit den 1970er Jahren Überlegungen angestellt über die

„totale Situation, in der die ethnische Grenze die asymmetrische Beziehung zwischen einer Gruppe, die wirtschaftlich, politisch und sozial eine andere beherrscht und ihre herrschende Stellung in Begriffen einer rassischen und/oder kulturellen Überlegenheit begründet, ausdrückt“ (Bonfil Batalla 1978: 211).

So ging auch Bonfil Batalla vom Weiterbestehen einer „kolonialen Beziehung“ (Bonfil Batalla 1978: 211) aus, die die Gesellschaft nicht wahrnehmen will. „Der Staat erkennt den ethnischen Pluralismus an und verweigert ihm Legitimität.“ (Bonfil Batalla 1978: 212) Die Individuen werden nur als solche – und nicht als Mitglieder einer ethnischen Gruppe – vom Staat akzeptiert, während die ethnischen Gruppen über eine spezielle Förderung in die Nationalgesellschaft integriert werden sollen – etwa über die Methoden des Indigenismus von ca. 1940 bis 1970 (Bonfil Batalla 1978: 212). Die damit einhergehende Delegitimierung der ethnischen Gruppen und die beständige Reduktion ihrer – wirtschaftlichen, politischen, sozialen – Räume führt dazu, dass sie als unselbstständig und abhängig wahrgenommen werden – und gleichzeitig eine kollektive Erinnerung der Unterdrückung aufbauen können. Dadurch gewinnen sie eine politische Dimension, die nicht unbedingt explizit sein muss (Bonfil Batalla 1978: 217f.), und können ihre Identität und ihr Selbstverständnis als unterdrückte Gruppe mit einer langen Vergangenheit verstärken (Bonfil Batalla 1981: 27). Im Fall der Indigenen Lateinamerikas führt diese geteilte Erfahrung der Kolonisierung zur Ausbildung einer „panindianischen Identifikation“ (Bonfil Batalla 1981: 20) und zu einem Kampf für das Verschwinden der Kategorie des Indios. „Das Verschwinden des Indios als Kolonisierter wird das Ergebnis der Aufhebung der kolonialen Situation sein, bedeutet aber nicht das Verschwinden der Ethnien.“ (Bonfil Batalla 1981: 20) Damit ist das ethnische Bewusstsein der Indigenen und ihr Kampf für ethnische Forderungen ein dekolonialer Kampf. „Die Dekolonialisierung *des* Indios übersetzt sich in der Dekolonialisierung der Ethnien.“ (Bonfil Batalla 1981: 20f.)

Die bis zu diesem Zeitpunkt beschriebenen Phänomene beziehen sich vor allem auf die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen zwischen verschiedenen Bevölkerungen in verschiedenen Gebieten. Der kulturelle, rassistisch unterfütterte Hintergrund und Produkt des Kolonialismus, den González Casanova und andere mit einem eurozentrischen Verständnis des Nationalstaates als internen Kolonialismus analysieren, wird seit den 1990ern in einem weiteren Kontext als Kolonialität verstanden (Quijano 2000b: 381). Kolonialität umfasst sowohl Kolonialismus als auch

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Imperialismus, geht aber über sie hinaus. Sie ist daher nicht an bestimmte historische Epochen gebunden, sondern dauert durch die Konstitution bestimmter Wissenskategorien und Lesarten der Welt weiter an (Escobar 2004: 219f.). Die Kolonialität entsteht als Resultat des modernen Kolonialismus, bleibt aber nicht auf dessen einfache Struktur als Herrschaftsbeziehung zwischen zwei oder mehr Völkern oder Nationen beschränkt – sie ist Produkt und Kern des Kolonialismus, seine Machtstruktur, die auch ohne ihn weiterbesteht (Quintero 2010: 9). Damit bewegt sich der Begriff der Kolonialität in seiner internationalen Perspektive im Rahmen der „historisch-strukturellen Abhängigkeit" (Quijano 2000b: 376) als zentraler Begriff der lateinamerikanischen Dependenztheorie. Kolonialität ist für die Begründer dieser Theorie, die sich in der Gruppe Modernität/Kolonialität austauschen, Grundlage und Gegenseite der Modernität. Beide Phänomene beginnen mit der Eroberung Amerikas ab 1492 und bedingen sich gegenseitig. Ab diesem Zeitpunkt entwickeln sich Kolonialismus und Imperialismus, also die Unterdrückung nichteuropäischer Völker, und ihre grundlegende Struktur der Kolonialität als Bestandteile der Modernität, wodurch diese zu einem weltweiten Phänomen wird. Begleitet wird diese Entwicklung vom Entstehen des „Eurozentrismus als die Wissensform der Modernität/Kolonialität – eine hegemoniale Repräsentation und Wissensmodus, die Universalität für sich behauptet" (Escobar 2004: 217f.) und der Ausbreitung des Kapitalismus als weltweites System der Organisation der Wirtschaft (Quijano 2000b: 342).

Die Modernität ist somit ein europäisches Narrativ, das auf die Kolonialität baut und sie gleichzeitig verdeckt (Mignolo 2009: 39). Sie taucht ab dem 15./16. Jahrhundert, in der Renaissance, als doppelte Kolonisierung der Zeit und des Raumes auf – der Zeit in Form der Konstituierung der Epoche des Mittelalters und des Raumes durch den Prozess der Eroberung Amerikas. Gerade die Kolonisierung des Raumes erzeugt die Kolonialität als „dunkle Seite" (Mignolo 2009: 41f.) der Modernität. Mignolo betont die Rolle der Renaissance als Moment der Rationalisierung und Verfestigung der Modernität. Zu diesem Zeitpunkt wurden die europäischen Traditionen über die Abgrenzung von Antike und Mittelalter und die außereuropäischen Traditionen über ihre Eroberung und damit die Trennung zwischen Wilden und Zivilisierten (oder Heiden und Christen, Unterentwickelten und Entwickelten usw.) erfunden bzw. weiter begründet. Dadurch wurde die Modernität zur Neuheit und zu einem Versprechen der Erlösung – zuerst in einem theologischen Sinne, später als Fortschritt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie als Entwicklung und Modernisierung in den Ländern des globalen Südens vertreten (Mignolo 2009: 42f.). Für Walter Mignolo ist die koloniale Differenz eines der zentralen Ergebnisse dieser Entwicklung. Koloniale Differenz meint die Wissenseffekte der Kolonialität, also die kulturellen Unterschiede, die innerhalb der Machtbeziehungen als „privilegierter epistemologischer und politischer Raum" (Escobar 2004: 217f.)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

entstehen. Die Kategorie der kolonialen Differenz führt Mignolo auf den Jurist Francisco de Vitoria zurück, der in seiner Begründung des internationalen Rechtes im 16. Jahrhundert die Indigenen als Menschen klassifizierte, die den Europäern unterlegen und damit auf ihre Führung angewiesen waren. Damit werden Unterschiede in Werte verwandelt und so eine ontologische und epistemische Hierarchie zwischen Menschen aufgebaut (Mignolo 2009: 46). Die koloniale Differenz ist daher Produkt und Grundlage der Kolonialität der Macht, gewissermaßen ihr struktureller Hintergrund.

Deshalb ist die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder am Anfang des 19. Jahrhunderts zwar eine Dekolonialisierung – also das Ende des Kolonialismus – aber nicht der Anfang einer Dekolonialität. Die neuen Staaten bilden ein historisches Paradox: „unabhängige Staaten verbunden mit kolonialen Gesellschaften" (Quijano 2006a: 18). Die Kolonialität der Macht, die vom Kolonialismus geschaffen wurde, besteht und wirkt weiter. Sie ist „das zentrale Element der Strukturierung der Gesellschaft in Lateinamerika" (Quintero 2010: 11). Die Nationalstaaten, die sich in Lateinamerika bilden, kopieren das europäischen Modell des Nationalstaats, ebenso wie seine Grundlagen in klar umgrenzten Nationalidentitäten und der Zentralität der Wirtschaft in den sozialen Beziehungen, insgesamt also das Ideal einer ethnisch homogenen Klassengesellschaft. Daher wurden die Konflikte in den neuen lateinamerikanischen Nationalstaaten als Resultate von Klassengegensätzen verstanden, der grundlegend koloniale Charakter der Staaten aber nicht reflektiert. Tatsächlich „entwickelte sich ein Modell der rassischen Klassifizierung zwischen Weißen und den weiteren Typologien, die als unterlegen angesehen wurden" (Quintero 2010: 11f.). Die Kolonialität der Macht verhindert eine volle Anerkennung der ethnischen Gruppen in den verschiedenen Ländern und macht somit eine volle Demokratisierung und eine damit einhergehende Stabilität der Nationalstaaten unmöglich (Quintero 2010: 11f.). Diese können nicht auf eindeutige Nationalidentitäten bauen, da sie die Kolonialität und die damit einhergehenden Ungleichheiten nicht reflektieren, und bleiben somit prekär (Quintero 2010: 12). Der lateinamerikanische Nationalstaat war also weder national, in dem Sinne, dass er die Mehrheit seiner Bevölkerung nicht repräsentierte und in einigen Fällen auch nicht kontrollierte, noch war er demokratisch, da die oligarchischen Strukturen eine effektive Vertretung der Mehrheit der Bevölkerung unmöglich machten. „Er war ein enger Ausdruck der Kolonialität der Macht." (Quijano 2006a: 19)

Die Konzeption der Kolonialität der Macht, die der peruanische Soziologe Aníbal Quijano mit Bezug auf den peruanischen Kommunisten José Carlos Mariátegui (Jáuregui 2008: 16) entwickelt, präsentiert diese als „ein globales hegemonisches Machtmodell, das seit der Eroberung Amerikas besteht und Rasse und Arbeit, Raum und Menschen nach den Bedürfnissen des Kapitals und zum Vorteil der weißen Europäer artikuliert" (Escobar 2004: 217f.). Ihre Grundlage ist die „„Rassi-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fizierung‘ der Beziehungen zwischen Kolonisierern und Kolonisierten“ (Quijano 2006a: 14) und somit ihre Klassifizierung nach ethnischen Kriterien innerhalb eines Machtsystems, das Staat, Wirtschaft und Wissen einschließt (Quijano 2000a: 201). Die Kolonialität der Macht wird im Kampf um die Kontrolle der fünf verschiedenen Bereichen menschlichen Lebens (Arbeit, Sex, Subjektivität, kollektive Autorität und Natur) und ihrer Ergebnisse reproduziert (Quintero 2010: 4). Mignolo reduziert diese Bereiche auf vier (Subjektivitäten, Autorität, Wirtschaft, Wissen), die miteinander verknüpft und traditionell von Europäern kontrolliert werden. Die tiefe Verankerung der Kolonialität in den grundlegenden menschlichen Aktivitäten garantiert ihre Reproduktion und Ausweitung – da das Wissen, das von diesen Aktivitäten ausgehend erzeugt wird, von Beginn an kolonial ist (Mignolo 2009: 48f.). Kolonialität der Macht ist die Verknüpfung dieser Bereiche menschlichen Lebens miteinander durch den kapitalistischen Weltmarkt und die koloniale Differenz (Quintero 2010: 9). Insbesondere die Subjektivität und ihre Elemente – soziales Imaginarium, historisches Gedächtnis und Wissensperspektiven – wird in der Kolonialität durch den Eurozentrismus gesteuert, welcher von den Anforderungen des Kapitalismus und des Kolonialismus als Herrschaftsformen abhängt. Daher sorgt der Eurozentrismus für eine verschobene Selbstwahrnehmung der Beherrschten, die sich „mit den Augen des Beherrschenden sehen“ (Quintero 2010: 10) und dabei ihre eigene Vorgeschichte und Autonomiegrade ignorieren. Er ist also keinesfalls nur die Perspektive der Europäer, sondern aller, die unter der Hegemonie Europas leben und erzogen wurden. Folglich ist der Eurozentrismus mehr als ein reiner Ethnozentrismus.

„Es handelt sich um die kognitive Perspektive, die in der langen Zeit der Gesamtheit der eurozentrierten Welt des kolonialen/modernen Kapitalismus erzeugt wurde und die die Erfahrung der Leute in diesem Machtmuster *naturalisiert*. Das heißt, sie macht, dass sie als natürliche *wahrgenommen* werden, somit als gegeben, nicht hinterfragbar.“ (Quijano 2000b: 343)

Die Kolonialität der Macht und der mit ihr verbundene Rassismus sorgt dafür, dass die unterlegene Position der nicht-europäischen Völker nicht als Folge eines Machtkonflikts, sondern einer natürlichen Unterlegenheit dieser Völker verstanden wird. Ihre marginale Einbindung in den entstehenden Kapitalismus als unqualifizierte Arbeiter und – später – Konsumenten ohne Kaufkraft entspricht einem neuen System der weltweiten Arbeitsteilung, das alle Formen der Ausbeutung in dem einzigen System des kapitalistischen Weltmarktes vereint (Quintero 2010: 8). Gesellschaft, Politik, Wissen und Kultur der nicht-europäischen Völker wird durch den Kolonialismus zerstört und ihre Träger zu ungebildeten Bauern reduziert. Wo diese Zerstörung nicht vollständig durchgeführt werden konnte, wurde das nicht-europäische Wissen durch den Eurozentrismus auf eine marginale Position festge-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schrieben (Quijano 2000b: 378f.). Der Eurozentrismus als Produktionsprinzip von Wissen und Kontrollprinzip der Subjektivität ist also Teil der Kolonialität des Wissens (Walsh 2005: 19). Die Eroberung Amerikas erzeugt so die „erste moderne und weltweite geokulturelle Identität" (Quijano 2000a: 221), der mit der Konstitution von Schwarzen, Asiaten und Weißen bzw. Ost und West weitere folgen sollten (Quintero 2010: 9). Diese verschiedenen Kategorien sind allerdings nur sinnvoll im Zusammenhang eines globalen Machtsystems, das auf dem Kolonialismus aufbaut und – mit einer Reihe von Veränderungen – bis heute weiterbesteht – der Kolonialität (Quijano 2006a: 14).

Für Quijano bewegen sich die Machtbeziehungen auf globalem Niveau zwischen der Kolonialität der Macht als Prinzip der Strukturierung der Gesellschaft auf rassistischer Basis, dem Kapitalismus als weltweites Ausbeutungssystem, dem Staat als zentrale Kontrollinstanz, insbesondere in seiner Form als Nationalstaat, und dem Eurozentrismus als hegemoniale Art, Subjektivität und Wissensproduktion zu kontrollieren (Quijano 2000: 1; Quijano 2006a: 14-16). Rasse wird also zum zentralen Kriterium für die Einteilung der Bevölkerung in Positionen und Funktionen in der Gesellschaft und somit zum grundlegenden Prinzip der Arbeitsteilung, die wiederum Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft ist (Walsh 2005: 19). Daher wird Hautfarbe mit der sozialen Stellung verbunden – und die Idee einer ‚Verweißung' der Bevölkerung, etwa im Sinne der *mestizaje*, als Fortschritt verstanden (Walsh 2009a: 67). Das führt zu „einem Mechanismus der subjektiven De-Indianisierung" (Quijano 2006a: 24f.) der lateinamerikanischen Gesellschaften und eines Teils der indigenen Bevölkerung bei gleichzeitiger Integration der präkolumbischen indigenen Hochkulturen in die jeweilige Nationalkultur (Quijano 2006a: 24f.).

Verbunden mit einer sich verstärkenden Krise des Machtsystems der Kolonialität in den letzten Jahrzehnten (Quijano 2006a: 31f.) ist das Anwachsen von dekolonialen sozialen Bewegungen, wie der Indigenenbewegung (Quijano 2006a: 25) oder der globalisierungskritischen Bewegungen, die teilweise eine andere Raum-Politik und ein anderes Verständnis von traditionellen oder kulturell bedeutsamen Räumen gegen das globale Machtsystem in Stellung bringen (Escobar 2004: 222f.). Die Verbindung dieser Bewegungen kann eine „Art gegenhegemonische Globalisierung" (Escobar 2004: 223f.) bedeuten, die nicht nur die Globalisierung als kapitalistische und neoliberale in Frage stellt, sondern andere Bedeutungen zur Verfügung stellt, die alternative Verständnisse von Wirtschaft, Natur, Entwicklung enthalten. Daher versuchen die entsprechenden Bewegungen, gleichzeitig Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit und Differenz umzusetzen (Escobar 2004: 223f.) und so eine andere Welt zu denken (Escobar 2004: 225).

Seit Beginn der Modernität und Kolonialität hat es Widerstand gegen diese gegeben. In der nicht-europäischen Welt „taucht die dekoloniale Art zu denken und zu machen ab dem 16. Jahrhundert als Antwort auf die unterdrückerischen und imperi-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alistischen Neigungen der modernen europäischen Ideen auf“ (Mignolo 2009: 39). Die Logik der kolonialen Modernität führt zu Unzufriedenheit und Widerstand, der „sich in Projekte der Dekolonialität übersetzt, die […] auch der Modernität wesentlich sind“ (Mignolo 2005: 5). Mignolo betont insbesondere das dekoloniale Denken als ein Denken, dass von der Kolonialität verdeckte und verdrängte Möglichkeiten einschließt (Mignolo 2005: 6) und so Alternativen öffnet, die die Modernität und Rationalität in Frage stellen können (Mignolo 2005: 8). Dieses dekoloniale Denken entsteht entlang den Ausbreitungslinien der kolonialen und imperialen Eroberungen – also nicht wie das europäische Denken auf einem relativ begrenzten Raum, von dem es sich dann ausbreiten konnte (Mignolo 2005: 25). Daher kann dieses Denken aus vielen verschiedenen Perspektiven Erinnerungen, Sprachen usw. neu bewerten und so wieder in das allgemeine Denken einführen (Mignolo 2005: 26).

2. ZU DEN BEGRIFFEN SOZIALE BEWEGUNG UND ORGANISATION DER SOZIALEN BEWEGUNG

Die Untersuchung der Indigenenbewegung in Ecuador erfordert eine Klärung der verwendeten Begriffe. Auch wenn der Diskurs der Indigenenbewegung im Fokus dieser Arbeit steht, kann sie nicht umhin, die Bewegung selbst und damit die Entstehungsbedingungen ihres Diskurses zu untersuchen. Die Indigenenbewegung in Ecuador unterscheidet sich in einigen Punkten von anderen sozialen Bewegungen in anderen Ländern: 1. in ihrem Zentrum stehen relativ fest strukturierte Organisationen, von denen fast alle Aktionen ausgehen; 2. sie ist – wie die Neuen Sozialen Bewegungen Europas und der USA – von unten nach oben aufgebaut, allerdings – und im Gegensatz zu diesen – wiederum in festen Strukturen; 3. sie umfasst an der Basis über eine Strukturierung in Assoziationen, Kommunen oder Zentren im Prinzip alle Bewohner einer bestimmten Region; 4. sie verschmilzt universalistische und partikularistische Forderungen. Deshalb wird hier die Indigenenbewegung als lose Sammlung fester Organisationen gesehen, die wirtschaftliche mit kulturellen Forderungen verbindet und grundlegende Alternativen zum aktuellen Staat und zur aktuellen Gesellschaft entwickelt. Diese vorläufige Theorie der Indigenenbewegung Ecuadors beruft sich auf die Theorie der Ressourcenmobilisierung, ihre poststrukturalistische Überwindung etwa durch Alvarez/Dagnino/Escobar (1998) und die Untersuchung ihres Diskurses als Strategie, wie sie etwa Benford (1997) anbietet.

Da hier eine Theorie sozialer Bewegungen in Ecuador skizziert werden soll, darf nicht vergessen werden, dass die Erforschung sozialer Bewegungen europäisch bzw. US-amerikanisch geprägt ist. Theorien, die an den dort herrschenden Verhältnissen gebildet werden, sind nicht ohne weiteres auf andere Länder zu übertragen. Die seit den frühen 1990er Jahren stark wachsende Beschäftigung mit sozialen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bewegungen in Lateinamerika hat sich – trotz einiger Versuche (etwa Alvarez/ Dagnino/Escobar 1998) – nicht von ihren europäischen Ursprüngen emanzipieren können (vgl. Boris 2009: 557). Unterschiede in der Rolle des Staates, der politischen Parteien, der Massenmedien, der Verbände und Gewerkschaften, werden so nicht immer in dem Maße reflektiert, wie es dem lateinamerikanischen Kontext angemessen wäre. Der hier vorliegende Text soll keine Anwendung europäischer Theorien auf einen außereuropäischen Kontext sein, sondern der Versuch, anhand der spezifischen Gegebenheiten Ecuadors eine Theorie mittlerer Reichweite zu entwickeln. Daher werden die verschiedenen Ansätze nicht im Sinne einer Theoriegeschichte getrennt vorgestellt, sondern alle Ansätze gleichermaßen in Bezug auf die Bearbeitung bestimmter Probleme verglichen, um so eine eigene, auf die ecuadorianische Indigenenbewegung anwendbare, Position entwickeln zu können.

a. Struktur sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen sind rationale Akteure, die Ressourcen – Mitglieder, Unterstützer, Gelder, Räume, etc. – mobilisieren, um bestimmte, relativ allgemeine Ziele zu erreichen (Rodríguez 2008: 158). Damit sind sie „*ein kollektiver Akteur, der in den Prozeß sozialen bzw. politischen Wandels eingreift*" (Raschke 1985: 76) und „ein bewußter und kollektiver Versuch einer Anzahl von Leuten, Individuen oder gesellschaftliche Institutionen und Strukturen zu verändern" (Zald/Ash 1966: 329). Sie engagieren sich in politischen und/oder kulturellen Konflikten, wodurch sie sozialen Wandel auf einer systemischen oder nicht-systemischen Ebene vorantreiben oder verhindern wollen (Diani 1992: 11). Dazu binden sie Individuen ein, ohne aber für diese ein reines Mittel zu sozialem Wandel zu sein. Soziale Bewegungen zeichnen sich durch von ihren Mitgliedern und Unterstützern geteilte Werte und Meinungen aus, die auf einen strukturellen Wandel der Gesellschaft zielen (McCarthy/Zald 1977: 1217f.; Zald/McCarthy 1979: 2). Es findet keine Sicherung der Unterstützung durch Aufbau fester Institutionen statt, daher sind soziale Bewegungen dazu gezwungen, sich permanent um Mobilisierung zu bemühen, immer in Bewegung zu bleiben (Raschke 1985: 77f.). Aus diesen Elementen ergibt sich eine allgemeine Definition, die auch im Falle der Indigenenbewegung Ecuadors zugrunde gelegt werden kann:

„*Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen*." (Raschke 1985: 77)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Soziale Bewegungen sind also keine einheitlichen und klar umrissenen Akteure, sondern eine Gesamtheit formaler Organisationen, informaler Netzwerke und nicht direkt an die Organisationen gebundener Individuen, die sich mit einer Vielzahl institutioneller und außerinstitutioneller Strategien (Gamson/Meyer 1996: 283) an einem mehr oder weniger kohärenten Kampf für Veränderung beteiligen (Meyer/Whittier 1994: 277). Die verschiedenen Organisationsformen sozialer Bewegungen spielen gerade in dem hier behandelten Fall eine wichtige Rolle. „Diese Organisationen sind internem und externem Druck unterworfen, der ihre Lebensfähigkeit, ihre interne Struktur und Prozesse und ihren letztendlichen Erfolg im Erreichen von Zielen beeinflusst." (Zald/Ash 1966: 327) Organisationen gehören in der Regel zu einer sozialen Bewegung, geben dieser Kontinuität und Koordination, sind aber immer nur ein Teil der Bewegung. „Das Besondere der sozialen Bewegung liegt gerade in der Dialektik zwischen den (Bewegungs-)Organisationen und den fluiden Teilen der Bewegung." (Raschke 1985: 80) Es gibt eine Vielzahl von Arten formaler Organisationen innerhalb sozialer Bewegungen, wobei auch die Bedeutung und Größe formaler Organisationen stark variabel sein kann (Raschke 1985: 78). Nur die Unterordnung der Organisation unter die allgemeinen Ziele der Bewegung ist eine geteilte Eigenschaft – damit man überhaupt von sozialer Bewegung sprechen kann. „Die Organisation definiert nicht die Bewegung, sondern die soziale Bewegung ist immer viel mehr als die Organisationen, die sie umfaßt." (Raschke 1985: 77)

Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz

Der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz war der erste Versuch, die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und den in ihnen aktiven Organisationen zu verdeutlichen. Dazu beschreibt er die Organisationen der sozialen Bewegungen als *Social Movement Organizations* (SMO), formale Organisationen, die die Ziele der sozialen Bewegung teilen (McCarthy/Zald 1977: 1218; Zald/McCarthy 1979: 2) und ihre Mitglieder in erster Linie über ihre Weltsicht und die zu erreichenden Ziele motivieren (Zald/Ash 1966: 329). SMO repräsentieren und definieren die Ideen und Zielvorstellungen der sozialen Bewegung. Sie sind „die Quellen von Gegendiskursen und der generativen Ideen, auf denen sie aufbauen" (Bebbington 2007: 800). SMO koordinieren die Aktivitäten der sozialen Bewegung, verschaffen sich Zugang zu Ressourcen, die für die Bewegung insgesamt wichtig sind und garantieren die Bindung des Führungspersonals in Zeiten geringer Mobilisierung.

In der Terminologie des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes bilden alle Organisationen derselben sozialen Bewegung, die die Einstellungen und Ziele dieser Bewegung mit verschiedenen Schwerpunkten teilen (Zald/McCarthy 1979: 2) eine *Social Movement Industry* (SMI) (McCarthy/Zald 1977: 1219). Diese ist also ist das organisatorische Äquivalent einer sozialen Bewegung, das alle SMO dieser Bewe-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gung zusammenfasst (Zald 1979: 9). Innerhalb der SMI konkurrieren die verschiedenen Organisationen miteinander um Einfluss, Ressourcen und Mitglieder oder kooperieren, um gemeinsame Ziele zu erreichen (Zald/McCarthy 1979: 1). Die Konkurrenz zielt auf eine „symbolische Dominanz: welche SMO hat die besten Programme, Taktiken und Führer, um Ziele zu erreichen" (Zald/McCarthy 1979: 3). Die Übernahme und Anpassung von wichtigen Symbolen ist ein Weg für die SMO, eine Dominanz in ihrer SMI zu erreichen (Zald 1979: 13f.). Bei offenen und inklusiven Organisationen führt die Konkurrenz zu einer „leichten Produktdifferenzierung" (Zald/McCarthy 1979: 7f.) insbesondere der Ziele und der Taktiken. Daher bildet sich eine Vielzahl von SMO, die mit verschiedenen Mitteln – sowohl was Strategien, also auch was Diskurse angeht (Ennis 1987: 523; Bebbington 2007: 812) – ähnliche Ziele erreichen wollen (Zald/McCarthy 1979: 7f.). Alle diese SMO bieten – wie verschiedene Firmen eines Industriezweiges – vergleichbare Produkte an, also vergleichbare Ziele und Strategien. In anderen Worten gibt es in der Regel kein Monopol nur einer Organisation, sondern eine marktähnliche Konkurrenz (Zald 1979: 3). Die Führer der SMO sind Unternehmer, die mehr oder minder rational (Polletta 1997: 438) unbefriedigte Bedürfnisse suchen und im Aufbau der SMO Investitionen tätigen, die sie hoffen, später zurückbekommen zu können. Dazu versuchen sie, den Mitgliedern und Unterstützern der Organisation möglichst viele Ressourcen abzugewinnen (Jasper 2007: 91). Eine SMI wird dabei von der Nachfrage nach ihren Produkten, den Bedingungen ihres Erreichens und dem Einfluss dieser Produkte in den verschiedenen SMO strukturiert (Zald 1979: 12). Die Gesamtheit der SMI einer Gesellschaft werden von der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie zum *Social Movement Sector* (SMS) zusammengefasst (Zald/McCarthy 1979: 2), der alle organisierten sozialen Bewegungen enthält. Der SMS gibt Aufschluss über die grundsätzliche Bereitschaft zu Veränderungen in der Gesellschaft (Zald 1979: 3) und die Bandbreite der Positionen bezüglich einer möglichen Veränderung (Zald 1979: 15f.).

Die Grundlagen für Mobilisierung wird von der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie nur verkürzt behandelt und soll auch in der vorliegenden Studie keine zentrale Rolle spielen. Der Ansatz selbst unterstellt meist eine tiefe und weit verbreitete Unzufriedenheit aufgrund eines Mangels (Jenkins/Perrow 1977: 250), auf die das kollektiven Verhalten eine rationale Antwort ist, die für ihre Entwicklung wiederum ausreichende Ressourcen benötigt (Caniglia/Carmin 2005: 202). Der schwierige Zugang zu den für eine Mobilisierung notwendigen Ressourcen macht das Entstehen von sozialen Bewegungen zu einer Seltenheit, die auf Unterstützung von außerhalb angewiesen ist (Jenkins/Perrow 1977: 251). Erfolg oder Misserfolg sozialer Bewegungen hängt also von Kosten und Nutzen des Handelns und den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab (Melucci/Avritzer 2000: 515). Die Organisationen der sozialen Bewegungen sind auf eine Übereinstimmung anderer gesell-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaftlicher Gruppen mit ihren Zielen angewiesen, die immer auch von den konkreten Bedingungen in der Gesellschaft abhängt. Diese Übereinstimmung und das Erreichen oder Nichterreichen der Ziele, sowie die Konkurrenz anderer, ähnlich gelagerter Organisationen bestimmen über die Attraktivität der Organisation und ihr Mobilisierungspotential. So kann eine grundlegende Zustimmung oder weitgehende Neutralität der Gesamtgesellschaft die Entwicklung der SMO begünstigen, während eine große Ablehnung der Ziele der SMO ihnen schaden kann (Zald/Ash 1966: 330).[8] Eine Veränderung der Werte einer Gesellschaft kann die sozialen Bewegungen und ihre Organisationen zu einer Veränderung ihrer Ziele zwingen. Die bestehende Konkurrenz zwischen den verschiedenen Organisationen führt zu einer relativen Offenheit und daher einer gewissen Bereitschaft, die Ziele zu modifizieren – ein mangelndes Eingehen auf veränderte Wertvorstellungen kann zum Ende der sozialen Bewegung oder einer ihrer Organisationen führen (Zald/Ash 1966: 332).

Eine erfolgreiche soziale Bewegung, die ihre Ziele in der Öffentlichkeit präsentieren oder die Regierungspolitik beeinflussen kann, kann eine Gegenbewegung provozieren, die – von einer Bevölkerungsgruppe unterstützt, deren Interessen gefährdet sind – versucht, die angestrebten Veränderungen zu verhindern (Zald 1979: 2; Meyer/Staggenborg 1996: 1635). Insbesondere wichtige Ereignisse, wie Massendemonstrationen oder der Erlass von Gesetzen, die der sozialen Bewegung zugute kommen, können diesen Prozess beschleunigen (Meyer/Staggenborg 1996: 1638). Die Gegenbewegung ist ähnlich strukturiert wie die soziale Bewegung selbst – also auch eine soziale Bewegung – , besitzt aber Werte und Meinungen, die denen der bereits vorhandenen sozialen Bewegung entgegenstehen (Zald 1979: 4). Sie versucht oft, bestehende Konflikte zwischen den SMO der angegriffenen Bewegung zu verstärken, um so eine Spaltung herbeizuführen (Bebbington 2007: 812). Das Fortbestehen der Gegenbewegung unterliegt denselben Bedingungen wie das der sozialen Bewegung selbst. Sie muss ihre Ziele ausreichend großen Bevölkerungskreisen nahebringen und diese mobilisieren können (Meyer/Staggenborg 1996: 1639). Auch wenn diese Gegenbewegungen manchmal von der Regierung oder regierungsnahen Organisationen initiiert oder gefördert werden, müssen sie Handlungsoptionen eröffnen, die der Regierung selbst nicht offenstehen – und erfolgversprechend sein (Meyer/Staggenborg 1996: 1630). Somit wird das Entstehen von Gegenbewegungen von einer Schwäche des Staates gegenüber der sozialen Bewegung begünstigt (Meyer/Staggenborg 1996: 1637). Die Gegenbewegung bleibt von

8 Die externen Bedingungen für den Erfolg von sozialen Bewegungen werden von der *Political Opportunity Theory* behandelt, die nicht immer klar von der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie -auf die sie aufbaut- zu trennen ist. Hier werden beide Ansätze integriert, ohne der Analyse den sozialen Bewegungen externer Faktoren zu viel Platz einzuräumen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Unterstützung durch bestimmte Eliten abhängig, die durch eine Veränderung der Ziele der Gegenbewegung gefährdet werden kann (Meyer/Staggenborg 1996: 1642f.). Konflikte zwischen Bewegung und Gegenbewegung führen dazu, dass keine der Bewegungen ihre Ziele und Taktiken institutionalisiert und daher günstige Rahmenbedingungen nicht genutzt werden können. Stattdessen werden Konflikte über Ziele und Taktiken innerhalb der Bewegungen verstärkt (Meyer/Staggenborg 1996: 1651-1653).

Das Entstehen und Wachstum einer sozialen Bewegung wird meist von der Entwicklung verschiedenen Zielvorstellungen bestimmter SMO oder Gruppen innerhalb der Bewegung begleitet, die in einer Phase hoher Aktivität in einigen wenigen Hauptzielen zusammengefasst werden können. Auf die Formulierung dieser Hauptziele der gesamten sozialen Bewegung haben die einzelnen SMO nur geringen Einfluss (Meyer/Staggenborg 1996: 1641). Ein Nichterreichen dieser Hauptziele kann kurzfristig zu einer verstärkten und langfristig zu einer verringerten Mobilisierung der Mitglieder führen – abhängig von deren Hoffnung, die Ziele noch zu erreichen. Das Offenstehen von zusätzlichen institutionellen Räumen ist besonders für scheiternde Bewegungen interessant, die dort ihre Forderungen neu aufstellen und so weiter bestehen können (Meyer/Staggenborg 1996: 1647f.). SMO bilden somit Strukturen (*abeyance structures*), in denen Kultur, Werte und ein Teil des Führungspersonals scheiternder sozialer Bewegungen überleben und sich anderen Zielen widmen können (Meyer/Whittier 1994: 279). Das Handeln einer sozialen Bewegung kann spätere Bewegungen, im selben oder einem anderen Bereich, beeinflussen, indem sie die politischen und kulturellen Bedingungen in der Gesellschaft und in der Bewegung selbst verändert (Meyer/Whittier 1994: 282). Somit verändert jede soziale Bewegung die Möglichkeiten für andere soziale Bewegungen (Meyer/Staggenborg 1996: 1635).

Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie ist trotz ihrer ökonomistischen Tendenz und ihrem Fokus auf Nordamerika (Zald 1979: 3) gut geeignet, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen innerhalb einer sozialen Bewegung zu untersuchen (Zald 1979: 2). Sie untersucht nicht die Gründe, sondern die Bedingungen für das Entstehen sozialer Bewegungen. Psychologische Herangehensweisen oder Vermutungen über kollektives Verhalten werden in den Hintergrund geschoben und den Strukturen und Prozessen der Gesellschaft und des Staates Vorrang eingeräumt (Zald 1979: 1f.). So tritt die individuelle Motivation der Mitglieder sozialer Bewegungen zugunsten der Entwicklung der Organisationen dieser Bewegungen zurück (Polletta 2008: 80). Weiterhin vernachlässigt die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie den Einfluss der politischen Strukturen auf die Entwicklung der sozialen Bewegungen, ihre Bindung an soziale Klassen und ihre kulturellen und symbolischen Hintergründe (Zald 1979: 15/20f.). Auch wenn die mangelnde Integration von Kultur in den Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz oft

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kritisiert wird (Polletta 1997: 431f.), wurde die Rolle der Deutungshoheit und der Übernahme von Symbolen durch die Organisationen schon erläutert. Kultur steht zwar nicht im Mittelpunkt dieser Theorie, wird aber keinesfalls missachtet:

„Obwohl soziale Bewegungen für eine Reihe klar artikulierter Ziele kämpfen, einschließlich Veränderungen in der staatlichen Politik, dem privaten Sektor und kulturellen Normen, beeinflussen sie auch indirekte Ziele. Diese indirekten Ziele umfassen die Praktiken, Perspektiven und Ergebnisse anderer kollektiver Akteure und das Leben der Teilnehmer." (Meyer/Whittier 1994: 278)

Diese Beeinflussung führt zu ungewollten Effekten jenseits der formulierten Ziele und kann zu einem Übergreifen (*spill over*) der Ideen, Taktiken, Stile, Teilnehmer und Organisationen auf andere soziale Bewegungen führen (Meyer/Whittier 1994: 277).

Die Theorie der politischen Gelegenheit oder des politischen Prozesses (*Political Opportunity Theory/Political Process Approach*), die hier nur ergänzend verwendet wird, beschäftigt sich weniger mit den Strukturen und Prozessen der sozialen Bewegungen und ihrer SMO, als mit Erklärungen für ihren Erfolg oder Misserfolg. Dabei spielen lange Mobilisierungskreisläufe (*cycles of mobilization*) und externe Faktoren eine besondere Rolle. Sie untersucht die Struktur der politischen Gelegenheiten (*political opportunity structure*), also die Zugangs- und Einflussmöglichkeiten der sozialen Bewegung auf Öffentlichkeit und Staat. Dazu gehören institutionelle Partizipationsmöglichkeiten, stabile politische Ausrichtungen, Zugang zu und Allianzen mit der Elite, Konflikte innerhalb der Elite und der Grad an Repression. Auch kulturelle Faktoren und soziale Zusammenhänge gehören zu dieser Struktur (Caniglia/Carmin 2005: 203f.). Wichtig sind auch die Massenmedien, die die Ziele und Praktiken sozialer Bewegungen abhängig von ihrer Funktionsweise, ihrer Klientel und ihren Beziehungen zu Staat und Parteien einer breiten Öffentlichkeit präsentieren können und so direkt auf Erfolg oder Misserfolg der Bewegungen Einfluss nehmen können (Gamson/Meyer 1996: 287).

„Normen und Praktiken der Medien und der breiteren politischen Ökonomie, in der sie operieren, beeinflussen die Gelegenheiten und Einschränkungen unter welchen die Bewegungen operieren. Schlüsselorganisationen im Mediensystem [...] gewähren Akteuren Bedeutung." (Gamson/Meyer 1996: 287)

Dieser Ansatz definiert soziale Bewegungen als Herausforderung an den Staat, der zu einem bestimmten Verhalten gebracht werden soll. Nach dieser Sichtweise führt die Zentralität des Staates zu Kooperation oder Konkurrenz zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen, die versuchen, Zugang zu den begrenzten Einflussmög-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lichkeiten zu erlangen. Dabei ist ein Austausch über Vor- und Nachteile verschiedener Strategien oder bekannter Reaktionen des Staates zwischen den Bewegungen möglich. Die Aktionen der Bewegungen beeinflussen die Struktur politischer Gelegenheiten und Möglichkeiten für Partizipation für sich selbst und andere Bewegungen. Die Reaktionen des Staates auf soziale Bewegungen verändert also die Handlungsmöglichkeiten für soziale Bewegungen und erhöht oder verringert die Attraktivität bestimmter Strategien (Meyer/Whittier 1994: 279). Perioden „relativer Offenheit staatlicher Strukturen gegenüber abweichender Meinungen" (Meyer/Staggenborg 1996: 1636) eröffnen den sozialen Bewegungen institutionelle Wege, ihre Forderungen zu präsentieren. Das Eingehen vom Staat auf diese Forderungen beeinflusst die Entwicklung der sozialen Bewegungen. Die sozialen Bewegungen hängen also vom Staat und seiner Fähigkeit, Forderungen institutionell zu bearbeiten ab. „Die Kapazität von Bewegungen, politische und Protestfenster zu schließen, ist eine Funktion der staatlichen Kapazität, Konflikte beizulegen." (Meyer/Staggenborg 1996: 1637).

Die Fixierung der Theorie der politischen Gelegenheiten auf den Staat, die Eliten und das Entstehen von Gegenbewegungen ist wenig hilfreich bei einer Anwendung dieser Theorie auf Ländern, in denen der Staat nicht stark genug ist, alleiniger Adressat zu sein. Gerade die Zentralität des Staates und seiner Strukturen (Davis 1999: 586f.) und das daraus folgende Verständnis von sozialen Bewegungen als Agenten der Demokratisierung (Davis 1999: 599) haben die Übernahme dieses Ansatzes in Lateinamerika behindert. Auch andere Theorien sind, wie etwa der Begriff Protestbewegung andeutet, zu sehr auf einen mehr oder minder offenen und pluralistischen, starken Staat ausgerichtet, um ohne weiteres auf die meisten Länder des globalen Südens anwendbar zu sein. Die reduktionistische Sicht auf Kultur als Grundlagen kollektiven Handelns – und nicht etwa Ziel – sozialer Bewegungen (Jasper 2010: 966) ist für die Untersuchung identitärer sozialer Bewegungen wenig hilfreich.

Ein weiteres Problem bei der Anwendung der gängigen Theorien der sozialen Bewegungen ist ihre Konzentration auf Mobilisierung. Der Fokus auf tatsächliche politische Aktionen und die Vernachlässigung der organisatorischen Grundlagen als bloße *abayence structures*, die nur zur Aufrechterhaltung der Bewegungsnetzwerke dienen, entspricht einer Bevorzugung der Prozesse über die Strukturen. Daher sind diese Theorien nur bedingt geeignet, soziale Bewegungen zu untersuchen, die über lange Zeit hinweg keine größeren Mobilisierungen durchführen. Und gerade das ist der Fall bei der ecuadorianischen Indigenenbewegung.

Weniger formalistisch ist das Verständnis sozialer Bewegungen als Netzwerke, die verschiedene Akteure umfassen die die soziale Bewegung unterstützen und ihre Diskurse und Forderungen weitertragen: Organisationen, Sympathisanten, Parteien, Teile politischer Institutionen und des Staates selbst (Alvarez/Dagnino/Escobar

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1998: 14-16). Dieser Ansatz trägt am ehesten der Tatsache Rechnung, dass es sich bei sozialen Bewegungen um einen schwer abgrenzbaren „Gegenstand mit fließenden Grenzen“ (Raschke 1985: 82) handelt. Eine Variante davon ist das transnationale kollektive Handeln, also koordinierte internationale Kampagnen von Netzwerken von Aktivisten gegen internationale Akteure, andere Staaten oder internationale Institutionen (Della Porta/Tarrow 2005: 2f./7). Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen lässt sich an drei Prozessen untersuchen: Streuung (*diffusion*) meint die Verbreitung von Ideen, Praktiken und Diskursen sozialer Bewegungen von einem Land zum nächsten. Über direkte Kontakte von Aktivisten im Sinne einer Vermittlung (*brokerage*) oder indirekten Einfluss wandern Bestandteile von sozialen Bewegungen in einem Land zu solchen im nächsten. Domestizierung (*domestication*) bezieht sich auf das Austragen von externen Konflikten im Heimatland. Mit Externalisierung (*externalization*) wird die Einbeziehung überstaatlicher Institutionen in nationale Konflikte beschrieben (Della Porta/Tarrow 2005: 2f.). So versuchen Netzwerke von sozialen Bewegungen auf überstaatlicher Ebene mit Unterstützung internationaler Institutionen schwache Bewegungen in bestimmten Ländern durch Allianzen zu unterstützen. Diese Institutionen dienen als Quelle für Ressourcen, die auf nationaler Ebene verwendet werden sollen. Die Vereinten Nationen etwa haben mit der Schaffung internationaler Normen zu den Rechten von Indigenen oder Frauen in einigen Fällen zur Stärkung der jeweiligen Bewegungen beigetragen (Della Porta/Tarrow 2005: 5f.). Diese Erfolge führen wiederum zum „Aufbau einer Basis von übernationalen Ressourcen und globalen Strategien, die sich deutlich von den in nationalen Bereichen angewandten unterscheiden“ (Della Porta/Tarrow 2005: 10). Dadurch vergrößern sich die Möglichkeiten zu Kooperation und Koordination und zur Formulierung globaler Forderungen und Diskurse (Della Porta/Tarrow 2005: 10).

Ein Sonderfall sozialer Bewegung sind die Neuen Sozialen Bewegungen, ein „schwach strukturierte[r], fluide[r] und offene[r] Typ sozialer Bewegung” (Raschke 1985: 412). Diese Art sozialer Bewegungen hat keine einheitliche Weltsicht, ist thematisch offen und nur schwach organisiert. Neue soziale Bewegungen haben eine Vielzahl von Organisationsformen und bestehen aus vielen autonomen Teilbewegungen, die miteinander vernetzt sind (Raschke 1985: 412). Eines ihrer wichtigsten Charakteristiken ist ihre Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat und staatlichen Akteuren (Davis 1999: 586f.). Inwieweit sie sich von ‚alten‘ sozialen Bewegungen unterscheiden, die genau wie die Neuen Sozialen Bewegungen auch auf kulturellen Wandel ausgerichtet sein können, ist umstritten (Polletta 2008: 82). Aufgrund ihrer zentralen ethnischen Komponente werden die lateinamerikanischen Indigenenbewegungen seit den 1980ern meist als Neue Soziale Bewegungen gesehen (Korovkin 2008: 2) – obwohl sie wichtige Charakteristiken dieser Bewegungen nicht erfüllen. So ist die Indigenenbewegung Ecuadors nach einigen dieser Kriteri-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

en eine Neue Soziale Bewegung, unterscheidet sich aber in wichtigen Punkten von den Neuen Sozialen Bewegungen Europas und der USA. Die ecuadorianische Indigenenbewegung hat durchaus eine relativ einheitliche Weltsicht, zumindest was die Ablehnung von Rassismus und Ausgrenzung angeht. Auch ist sie stark organisiert, in Organisationen, die auch schwere Krisen überdauert haben. Die relativ homogene Sozialstruktur Neuer Sozialer Bewegungen in Europa und den USA (die Akteure sind meist gebildete Mitglieder der Mittelschicht) ist ebenfalls etwas, das auf die Indigenenbewegung Ecuadors nicht zutrifft. In anderen Aspekten ist diese Theorie sehr wohl von Nutzen und auch auf Ecuador übertragbar. Die neuen sozialen Bewegungen „ergänzen das Prinzip der Repräsentation um das Prinzip der Zugehörigkeit" (Melucci/Avritzer 2000: 509) und kämpfen so für direkte Teilhabe in repräsentativen Demokratien und Anerkennung von Minderheiten. Die Repräsentation wird als Reduktion der kulturellen Vielfalt zu Zwecken der Politik infrage gestellt, Zugehörigkeit und Identität werden als politische Prinzipien gestärkt (Melucci/Avritzer 2000: 522).

b. Kultur sozialer Bewegungen

Die Ziele sozialer Bewegungen und die Wege dorthin sind vielfältig, sie kämpfen nicht nur um politische Macht, sondern um kulturellen oder diskursiven Einfluss. Gerade die Indigenenbewegungen Lateinamerikas haben versucht, Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen, indem sie Begriffe wie Staatsbürgerschaft oder politische Repräsentation hinterfragen und neue Deutungen anbieten (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 2). Kultur ist zu einem Streitfeld um Einfluss geworden. „[I]n Lateinamerika führen heute alle soziale Bewegungen *cultural politics* aus. […] Für alle soziale Bewegungen […] sind kollektive Identitäten und Strategien unvermeidlich mit Kultur verbunden." (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 6) Die Konzentration auf *cultural politics* und die Neuinterpretation von Begriffen, ist ein anderer Weg, Machtverhältnisse in einer Gesellschaft in Frage zu stellen. Neue Bedeutungen alter Begriffe erlauben es, alternative Sichtweisen zu öffnen und so dominante Bedeutungen zu schwächen (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 7). *Cultural politics* entstammen den diskursiven Artikulationen bereits bestehender kultureller Praktiken und verändern die politische Kultur eines Landes oder einer Region dadurch, dass sie das Verständnis von Politik selbst verändern. „*Cultural politics* ist der Prozess, der ausgeführt wird, wenn Reihen von sozialen Akteuren, die von verschiedenen kulturellen Bedeutungen und Praktiken geprägt sind und diese verkörpern, miteinander in Konflikt kommen." (Escobar 1998: 64) Kultur ist also direkt politisch, da sie versucht, soziale Macht neu zu definieren (Escobar 1998: 64). Soziale Bewegungen wollen die politische Kultur ihrer Region öffnen, um sich selbst als „soziale Akteure mit politischen Ansprüchen" (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 8) zu kons-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tituieren. Diese politischen Kultur in Lateinamerika ist oligarchisch und patriarchalisch verfasst, was sich auch in einer mangelnden Unterscheidbarkeit zwischen Privatem und Öffentlichem ausdrückt. Die Idee eines starken Entwicklungsstaates, der die Gesellschaft erneuern soll, ist kein Bruch, sondern eine modernisierte Weiterentwicklung dieser politischen Kultur (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 9f.) – und wird durch die Neudeutung bestehender Begriffe in Frage gestellt.

Auch wenn dieser Ansatz die institutionellen, historischen und sozialen Bezüge betont (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 16), ist die Kritik einer „mangelnde[n] Bodenhaftung" (Boris 2009: 557) eines auf Diskurse orientierten, sich aber gleichzeitig als umfassend verstehenden Ansatzes, nicht von der Hand zu weisen. Die Erforschung der Diskurse der sozialen Bewegungen in Lateinamerika ist wichtig, nur sie erlaubt ein tiefgreifendes Verständnis der Weltsichten, Forderungen und Aktionsformen der einzelnen Organisationen. Jedoch macht eine Diskursanalyse ohne den nötigen historischen Hintergrund wenig Sinn. Daher kann eine umfassende Analyse sozialer Bewegungen weder auf den diskursiven Teil, noch auf soziale, politische, etc. Komponenten verzichten. Die meisten der vorliegenden Studien beschränken sich allerdings auf die klassischen Herangehensweisen, die Institutionalisierung und politische Prozesse in den Vordergrund rücken.

Der Begriff Kultur

Kultur spielt eine entscheidende Rolle für soziale Bewegungen, sowohl als Grundlage als auch als Ziel ihres Handelns. Kultur meint hier soziale Praktiken und Bedeutungen, die auch individuelle und kollektive Identität umfassen (Escobar 1992: 70f.). Sie ist „flüssig, vielfach verankert und oft uneinheitlich" (Swindler 1995: 36) und wird im konkreten Handeln der Menschen manifest (Escobar 1992: 76). Sie gibt den Bewegungen „das Vokabular der Bedeutungen" (Swindler 1995: 27), das den Kontext für einzelne, öffentlich darstellbare, Bedeutungen stellt (Swindler 1995: 28). Kultur besteht aus Symbolen, „Zeichen, die Bedeutung durch ihre Wechselbeziehungen haben" (Polletta 1999: 66f.). Sie gestaltet und wird gestaltet, wodurch sie konkret wird (Polletta 1999: 66f.).

> „Da die meisten Bewegungen keine politische Macht haben (das ist genau, weshalb sie unkonventionelle politische Taktiken nutzen), können sie die Welt effektiver durch eine Neudefinition ihrer Bedingungen als durch eine Änderung ihrer Sanktionen verändern." (Swindler 1995: 34)

Dasselbe trifft natürlich auch auf ihre Gegner zu, die die Bewegungen und ihre Ziele umzudefinieren versuchen. Veränderungen in der Kultur und Weltsicht können langfristiger sein als Veränderungen der Gesetze oder Institutionen. Kultur kann selbst institutionelle Veränderungen erzwingen (Polletta 1997: 443). Sie ist

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

strukturell und bestimmt damit das Handeln der Eliten und des Staates (Polletta 1999: 69). Daher ist die kulturelle Sphäre eines der wichtigsten Gebiete für soziale Bewegungen (Diani 1992: 10). Soziale Bewegungen versuchen also nicht nur, bestimmte Forderungen an die staatliche Politik durchzusetzen, sondern das Verständnis von Politik und bestimmten gesellschaftlichen Ideen zu verändern und so ein anderes Wissen zu schaffen (Bebbington 2007: 800). Sie verhandeln die „Praktiken und Rationalitäten der Modernität und Postmodernität in der Vorstellung und Rekonstruktion sozialer Ordnungen" (Escobar 1992a: 420) neu. Dabei versuchen sie, sich bestimmte, umstrittene Themen anzueignen, in ihrem Sinne umzudeuten und so der Öffentlichkeit zu präsentieren (Melucci/Avritzer 2000: 520). Deshalb kann die Analyse der kulturellen Änderungen, die die sozialen Bewegungen herbeiführen wollen, von größerem Nutzen sein als eine Analyse ihrer konkreten Forderungen (Swindler 1995: 34). Das erfordert allerdings ein hohes Engagement des Forschers vor Ort und eine schrittweise Verfolgung der kulturellen Inhalte und ihrer Entwicklung (Escobar 1992: 76f.).

Auch die Kultur der sozialen Bewegungen selbst verändert sich durch die Situation, in der sie existieren. „Verschiedenen Regimes und verschiedene Repressionsformen erschaffen verschiedene Arten von sozialen Bewegungen mit unterschiedlichen Taktiken und internen Kulturen." (Swindler 1995: 37) So definieren sie bestimmte Begriffe vor, wie etwa Rechte oder ethnische Identität, die von den sozialen Bewegungen aufgegriffen werden, um ihre Forderungen dem Staat und der Öffentlichkeit präsentieren zu können (Swindler 1995: 37). „Soziale Bewegungen […] bringen soziale Praktiken mit sich, die, teilweise, durch die Schaffung von Räumen für die Produktion von Bedeutungen wirken." (Escobar 1992: 73).

Kultur kann, je nach zugrundeliegendem Modell, eine in sich geschlossene Einheit sein, die einfach als eine weitere Variable behandelt werden kann – im Sinne von „kulturellen Möglichkeiten und Einschränkungen" (Benford/Snow 2000: 629) –, oder etwas, das alle anderen Faktoren durchdringt, und so ein Neudenken dieser Begriffe notwendig macht (Jasper 2007: 60). Kultur als Ansammlung von Ideen darüber, wie Organisation und Mobilisierung funktioniert oder funktionieren sollte, also über das ‚wie' sozialer Bewegungen (Polletta 2008: 84), erlaubt es, soziale Bewegungen anders zu verstehen. Alltägliche Praktiken tragen zur Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen bei und schaffen in ihnen „institutionelle Schemata" (Polletta 2008: 86f.), die wiederum die interne Kultur der Bewegung und damit ihre Handlungsweisen beeinflussen. Soziale Strukturen hängen also von kulturellen Schemata ab, Kultur ist somit eine mobilisierende Kraft (Polletta 2008: 87-89).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Identität

Ein alter und noch immer verwendeter Ansatz zum Verständnis sozialer Bewegungen ist der der kollektiven Identität. Diese ist zu verstehen „als die kognitive, moralische und emotionale Verbindung eines Individuums mit einer größeren Gemeinschaft, Kategorie, Praktik oder Institution“ (Polletta/Jasper 2001: 285). Somit ist sie die Wahrnehmung einer geteilten Wirklichkeit, die sich kulturell, etwa über Symbole, Narrative oder Praktiken, ausdrückt und positive Gefühle den anderen Gruppenmitgliedern gegenüber erzeugt (Polletta/Jasper 2001: 285). Kollektive Identität beschreibt imaginierte und konkrete Gemeinschaften, weshalb sie Wahrnehmung und Konstruktion und das Neuentdecken von bereits bestehenden Verbindungen umfasst. Sie ist sowohl in traditionellen Praktiken und Wissensformen verankert, als auch ein flüssiges und in wechselnden Beziehungen permanent neu entstehendes Projekt (Escobar 1998: 66). So macht kollektive Identität bestimmte Forderungen und Ideen möglich und andere nicht. Sie schafft Kategorien, durch die Individuen die Welt verstehen (Polletta/Jasper 2001: 298). Soziale Bewegungen mobilisieren auch Identitäten, die sie versuchen, in die Bewegungsidentität zu integrieren (Polletta/Jasper 2001: 289). Dazu bauen sie oft auf bereits bestehende kollektive Identitäten, indem sie ein ‚Wir gegen die‘-Gefühl erzeugen (Polletta/Jasper 2001: 291). Ein wichtiger Bestandteil des Aufbaus dieser Identität ist die Namensgebung der jeweiligen Gruppe, die nach innen hin Kohärenz gewährleisten und nach außen Druck aufbauen kann (Jenson 1995). Dadurch wirken soziale Bewegungen auf die Identitätskonstruktion der ihnen angehörenden Gruppen, bauen also zugleich die Identität der Bewegung und die der Gruppen, die sie vertritt (Escobar 1992a: 414f.). Die Schwächung der Bewegungsidentität, etwa weil sich die Mitglieder nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen oder sich mehr mit anderen Institutionen oder Bewegungen identifizieren, ist einer der wichtigsten Gründe für die Schwächung sozialer Bewegungen. Daher ist die Verwaltung der kollektiven Identitäten eine zentrale Aktivität sozialer Bewegungen (Polletta/Jasper 2001: 292). Sie werden nach außen hin als kohärenter dargestellt, als sie es in der alltäglichen Praxis sind. Identität ist somit nicht nur ein Mittel der sozialen Bewegungen, sondern auch ein – gewolltes oder ungewolltes – Ergebnis; soziale Bewegungen bedienen sich Identitäten, erzeugen sie aber auch (Polletta/Jasper 2001: 296).

Identität als Haupthandlungsgrund verändert die Eigenschaften von sozialen Bewegungen:

„identitätsbasierte Bewegungen agieren eher als dass sie reagieren; sie kämpfen, um Freiheit zu erweitern, nicht, um sie zu erreichen; sie mobilisieren eher für Wahlfreiheit als für Emanzipation“ (Cerulo 1997: 393).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

So entsteht „eine selbstbewusste ‚kollektive Kraft'" (Cerulo 1997: 393), die das Handeln der sozialen Bewegung steuert. Etwas weniger radikal ausgedrückt: kollektive Identität ist selbstdefiniert und zugeschrieben. Akteure beschreiben sich als Teil einer sozialen Bewegung und werden von dieser Bewegung – aufgrund ähnlicher Ideen – als ihr Teil angesehen. Die Grenzen der sozialen Bewegung werden von der kollektiven Identität ihrer Akteure definiert. Diese kollektive Identität ist die Grundlage für das Handeln sozialer Bewegungen. Daher können auch institutionalisierte Gruppen oder Parteien Mitglied sozialer Bewegungen sein (Diani 1992: 8-15).

Framing

Soziale Bewegungen wollen neben konkret fassbaren Dingen in Gesellschaft und Politik immer auch die Wahrnehmung der Wirklichkeit in der Bevölkerung verändern, „da sie annehmen [...], dass Bedeutung Handlung einleitet." (Benford 1997: 410) Sie betreiben „Bedeutungsarbeit – der Kampf um die Produktion von mobilisierenden und gegenmobilisierenden Ideen und Bedeutungen" (Benford/Snow 2000: 613). Dieser Perspektive widmet sich der *Framing*-Ansatz, der sich ab Mitte der 1980er Jahre entwickelt. Soziale Bewegungen erscheinen so nicht nur als Träger von Ideen, sondern als deren Gestalter und Verbreiter (Benford/Snow 2000: 613). Der *Framing*-Ansatz baut auf die Arbeit von Goffmann, der mit Frames diejenigen Phänomene meint, die Ereignissen Bedeutung geben und so Erfahrung organisieren und Handlung leiten (Benford/Snow 2000: 614). Es handelt sich also um eine aktive und prozesshafte Tätigkeit der Konstruktion der Wirklichkeit. *Framing* baut dabei auf kulturelle Grundlagen, wie Bedeutungen, Weltsichten, Praktiken oder Mythen (Benford/Snow 2000: 629). Soziale Bewegungen interpretieren die Wirklichkeit mit diskursiven Handlungen, etwa in Reden oder Schriften. Diese *frame articulation* meint eine systematische und einheitliche Verknüpfung der Meinungen und Erfahrungen der Bewegung, drückt also ihre Weltsicht aus. Die Verknüpfung von Bewegungswissen lässt sich je nach Erfordernissen erweitern (*frame amplification*), um so Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen aufzubauen oder auf ein bestimmtes Geschehen reagieren zu können (Benford/Snow 2000: 623). Das Ergebnis von *framing* sind kollektive Handlungsrahmen (*collective action frames*), innerhalb derer das Verhalten von Gruppen von Menschen stattfindet (Benford/Snow 2000: 614). Sie lassen sich definieren als „handlungsorientierte Sätze von Glaubensinhalten und Bedeutungen, die Aktivitäten und Kampagnen einer Sozialen Bewegungsorganisation (SMO) inspirieren und legitimieren" (Benford/Snow 2000: 614). Kollektive Handlungsrahmen sind entscheidend für die Gewinnung neuer Mitglieder und den Aufbau einer kollektiven Identität der sozialen Bewegung, indem sie sowohl die Bewegung, als auch ihre Gegner als kohärente

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Akteure konstruieren. Dazu verwenden sie – wenn möglich – bereits bestehende, unabhängige kollektive Identitäten (Polletta/Jasper 2001: 291).

Da eine soziale Bewegung kein einheitliches Gebilde, sondern ein Feld von Akteuren ist, kann nicht von *einem framing* die Rede sein – vielmehr ist *framing* ein interner Prozess sozialer Bewegungen in dem verschiedene Akteure verschiedene Positionen einnehmen (Gamson/Meyer 1996: 283). Kollektive Handlungsrahmen werden innerhalb der sozialen Bewegung und in Bezug auf externe Probleme ausgehandelt. Ein Übereinstimmen über das Problem führt aber keinesfalls zu einem einheitlichen kollektiven Handlungsrahmen. Fragen, welcher Bestandteil des Problems wie angegangen werden soll, führen zu Streitigkeiten zwischen SMO oder innerhalb einer Organisation (Benford/Snow 2000: 615.f). *Framing* ist also immer von internen und externen Faktoren der sozialen Bewegung abhängig und daher in andauernder Entwicklung (Benford/Snow 2000: 628). Diese Entwicklung kann von strategisch orientierten Anpassungsprozessen, Rahmenausrichtungsprozessen (*frame alignment processes*) geprägt sein, die bewusst Teile des *frames* einer sozialen Bewegung verändern (Benford/Snow 2000: 624).

Freiräume

Soziale Bewegungen müssen, um effektiv agieren zu können, auf langfristige, lokale Strukturen bauen, die als Freiräume (*free spaces*) Möglichkeiten bieten, das oben beschriebene *framing* durchzuführen und so die vorhandene Situation und ihre Probleme zu analysieren und Lösungsansätze auszuarbeiten. „Freiräume scheinen eine institutionelle Verankerung für die kulturelle Herausforderung zu bieten, die strukturelle Gefüge sprengt." (Polletta 1997: 435/Polletta 1999a: 1) Diese kulturellen und institutionellen Freiräume sind relativ isoliert und dem direkten Einfluss des Staates und seiner Organisationen entzogen (Fantasia/Hirsch 1995: 145f.). Sie werden teilweise von früheren Bewegungen geschaffen, stehen aber nicht unter ihrer Kontrolle – wodurch der Ansatz der Freiräume eine mögliche Verbindung von Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und den Theorien über Neue Soziale Bewegungen sein kann. Diese Freiräume sind meist traditionelle kulturelle Institutionen, wie etwa Kirchengemeinden, Familienbünde (Polletta 1999a: 4f.) oder neuere Institutionen wie Mieterassoziationen, Bars, Gewerkschaftsräume (Polletta 1999a: 3). Sie befinden sich jenseits der direkt mit sozialen Bewegungen assoziierten Strukturen, „es wird angenommen, dass gegenkulturelle Herausforderung dort entsteht, wo Struktur abwesend ist" (Polletta 1997: 435). Daher stehen sie außerhalb der direkten Kontrolle durch externe Gruppen und können auf Freiwilligkeit und Informalität bauen.

„In diesen dichten interaktiven Netzwerken gemeinschafts-basierter Institutionen, malen sich die Leute alternative Zukünfte und Handlungsstrategien um sie zu realisieren aus. Freiräume

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stellen den Aktivisten Netzwerke, Fertigkeiten und Solidarität bereit, die den Start einer Bewegung unterstützen. Sie bieten auch den begrifflichen Raum, in dem unterdrückte Gruppen in der Lage sind, den vorherrschenden gesunden Menschenverstand, der die meisten Menschen passiv gegenüber Unrecht hält, zu durchdringen und sind so entscheidend für die Bildung von Identitäten und Interessen, die der Mobilisierung vorangehen." (Polletta 1999a: 3)

Dadurch erlauben Freiräume es den Menschen, nicht nur die Gründe ihrer Unterdrückung zu diskutieren, sondern auch, eine kollektive Widerstandserfahrung zu erhalten und auszubauen. Gegenkulturelle Praktiken und oppositionelle Identitäten können sich – auch und gerade bei einer repressiven staatlichen Politik – in diesen Freiräumen entfalten und dabei auf die Erfahrungen und Strukturen vorheriger sozialer Bewegungen bauen (Polletta 1999a: 6-8). In diesem Kontext können kulturelle Einstellungen neu verhandelt und – im Zuge einer Krise oder Rebellion – verändert und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei spielt die gewisse Autonomie, die der Staat den in der Regel traditionell ausgerichteten kirchlichen, familiären oder Bildungsgruppen gewährt, eine entscheidende Rolle. Sie sind die organisatorische Grundlage für das Aufrechterhalten und die Verbreitung traditioneller kultureller Werte (Fantasia/Hirsch 1995: 157f.). Durch sozialen Konflikt und starke soziale Bewegungen können diese Freiräume die ihr innewohnende Tradition mit neuen, radikalen Forderungen verbinden. Das kann dazu führen, dass zentrale Institutionen der bestehenden Gesellschaft wie Kirchen, Familien und Gemeindeorganisationen für die sozialen Bewegungen zu „Orten oppositioneller Kultur" (Fantasia/Hirsch 1995: 157) werden und als solche vom Staat verfolgt werden. Freiräume dienen als „soziale Hülle für oppositionelle kulturelle Schöpfung und bieten die räumliche und sozial-organisatorische Grundlage für kulturelle Veränderung" (Fantasia/Hirsch 1995: 145f.). Dennoch ist die Existenz lokaler und autonomer Strukturen nicht ausreichend, da die engen Kontakte der Mitglieder der Entwicklung globaler und radikaler Ziele eher entgegensteht (Polletta 1999a: 13). Der Ansatz der Freiräume schließt so wieder an die Theorie der politischen Gelegenheiten an, da es externer Ereignisse bedarf, die zu einer überlokalen Mobilisierung führen.

Soziale Bewegungen und Kultur in Lateinamerika

Der oft kritisierte Formalismus der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie, ihr Fokus auf direkt beobachtbare, materielle Aspekte, ist von Vorteil, wenn man soziale Bewegungen untersucht, die außerhalb des Entstehungskontextes der eher verstehenden oder interpretativen Theorien aktiv sind. Die *framing*-Theorie oder der Ansatz der Neuen Sozialen Bewegungen bietet tiefer gehende Einblicke in Funktionsweisen sozialer Bewegungen, in die Entwicklung ihrer Bewegungsidentität, ihrer Ziele und Strategien. Jedoch leiden diese Ansätze an der Tatsache, dass sie an

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Beobachtung US-amerikanischer oder europäischer sozialer Bewegungen entwickelt wurden (Davis 1999). Für sie ist jede soziale Bewegung wie die Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen der 1960er oder die Friedens- und Umweltbewegungen der 1970er und 1980er. Da diese Bewegungen andere Entstehungsbedingungen haben als die meisten sozialen Bewegungen außerhalb der Länder, in denen sie aktiv waren, haben die an ihnen entwickelten Theorien einen starken eurozentrischen Bias. Sie können mehr erklären als die weitgehend auf Strukturen und Prozesse konzentrierte Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und ihre Weiterentwicklungen in der Politischen-Prozess-Theorie. Sie können aber alles nur so erklären wie die Bewegungen, die sie schon erklärt haben. Aus diesem Grund wird hier der reduktionistische und formalistische Ansatz der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie vorgezogen, der an bestimmten Stellen um kulturelle oder identitäre Erklärungsmuster ergänzt wird.

Die meisten der Theorien über soziale Bewegungen gehen von den US-amerikanischen und europäischen Fällen aus, also von Bewegungen, die unter anderen Bedingungen entstehen und handeln als sie in Lateinamerika vorhanden sind. Diese Theorien bauen auf

„‚westliche' Annahmen über Modernität und geschichtlich spezifische Erfahrungen von Demokratie, Staatsbürgerschaft und Staatenbildung, die für Europa und die Vereinigten Staaten charakteristisch sind und daher nicht in Lateinamerika gelten können" (Davis 1999: 597).

Gerade die europäischen Ansätze gehen von einer Modernisierung als klare Trennung zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft aus, eine Trennung, die in Lateinamerika weniger klar ist (Davis 1999: 597). Aus diesem Grund bevorzugen einige lateinamerikanische Forscher die Unterscheidung von Elite und Masse statt die von Zivilgesellschaft und Staat.

Diane Davis arbeitet auf diesen Grundlagen einen staatszentrierten Ansatz aus, der die Besonderheiten der sozialen Bewegungen in Lateinamerika besser erklären soll. Sie geht davon aus, dass der Staat in Lateinamerika zwar im Alltag seiner Bürger präsent ist und zu einer repressiven Politik neigt, die freie Debatten einschränkt. Er hat sich aber ungleich entwickelt und kann diese Wirkung nur in manchen Bevölkerungsgruppen oder Gebieten entfalten. Zum Teil liegt das an der anderen Beziehung zwischen Sozialstruktur und Staat, die sich in Lateinamerika ausgebildet hat. Diese Beziehungen sorgen dafür, dass die in anderen Gegenden klare Trennung zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft verschwommen ist. So sind einige der wichtigsten sozialen Akteure – wie die Gewerkschaften von Lehrern und öffentlichen Angestellten – selbst an den Staat gebunden (Davis 1999: 598f.). Somit sind die institutionellen Strukturen, auf die die Forderungen der sozialen Bewegun-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen gerichtet sind, und die Antworten des Staates andere als in Europa oder den USA. Dazu gehört vor allem ein Mangel an formalen demokratischen Strukturen und Rechtssicherheit – ein Phänomen, das sowohl den Staat als auch die eng mit ihm verbundene Gesellschaft betrifft (Davis 1999: 600f.). Daher ist für Davis ein anderer theoretischer Ansatz vonnöten, der gleichzeitig Staat und Zivilgesellschaft beschreiben kann (Davis 1999: 598f.). Dieser Ansatz ist die „Distanz vom Staat" (Davis 1999: 601), die geographisch, institutionell, kulturell oder sozial sein kann (Davis 1999: 603).

Geographisch ist die Distanz in dem Sinne, dass in Lateinamerika meist die Hauptstadt das politische und wirtschaftliche Zentrum des Landes ist und ihrer Bevölkerung weiterreichende Möglichkeiten bieten kann als andere Regionen. Soziale Bewegungen, die in der Hauptstadt und den größeren Städten aktiv sind, haben daher besseren Zugang zu den Institutionen und können leichter breite Allianzen bilden (Davis 1999: 603f.). Ländliche soziale Bewegungen haben dagegen Schwierigkeiten, Druck auf den Staat auszuüben, solange sie sich nicht zu größeren Strukturen zusammenschließen, die einen großen Teil des Landes umfassen. Daher sind seit den 1970ern eine Reihe von Einheitsorganisationen und Koordinationen verschiedener kleinerer Organisationen entstanden. Diese können die Distanz vom Staat ausnutzen, um Solidaritätsnetzwerke aufzubauen und so statt zu einzelnen Forderungen an den Staat zu Forderungen nach einer radikalen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft kommen (Davis 1999: 604-606).

Die *institutionelle* Distanz drückt sich im fehlenden Zugang der meisten Bürger zu den Entscheidungsprozesses des Staates aus. Die wichtigsten Institutionen sind national und nicht auf lokale Beteiligung ausgelegt. Die politischen Parteien, ein anderer Zugangsweg, sind meist schwach und zersplittert. Gerade weil nur nationale Akteure mit einiger Aussicht auf Erfolg Druck auf den Staat ausüben können, sind die meisten sozialen Bewegungen in Lateinamerika in erster Linie lokale Bewegungen, die alltägliche Probleme thematisieren und so versuchen, die Distanz zwischen Bürger und Staat zu überbrücken (Davis 1999: 608f.).

Die *soziale* oder *Klassen*distanz besteht in einer klassenbasierten bürokratischen und institutionellen Bindung bestimmter Gruppen an den Staat, die die Artikulierung von Interessen außerhalb dieser Strukturen erschwert. Die institutionell integrierten Gruppen sind nur wenig motiviert, die bestehenden Strukturen in Frage zu stellen – solange sie von ihrer Integration Vorteile haben. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen haben in diesem korporatistischen System nur geringen Zugang zu den eingebundenen Gruppen (Davis 1999: 614f.).

Diese Strukturen der Distanz und die sie begründenden Diskurse erzeugen Bilder von Staat und Staatsbürgerschaft, gegen die die ausgeschlossenen Bürger mobilisieren, auch, indem sie Alternativen suchen (Davis 1999: 616). Daher stellen die am meisten vom Staat entfernten Bürger seine Strukturen als solche in Frage, wobei

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sie besonders die systematischen Ausschlussmechanismen hervorheben (Davis 1999: 620).

Auch Kultur wirkt für die sozialen Bewegungen in Lateinamerika anders als für die Bewegungen der USA oder Europas. Kultur in Lateinamerika ist hybrid in dem Sinne, dass sie sowohl mit dem Markt und dem transnationalen Kultursystem verbunden ist, als auch mit lokalen und gemeinschaftlichen Systemen der Bedeutungserzeugung. Kulturpolitik im Sinne Escobars beschränkt sich in Lateinamerika nicht auf eine Verwendung oder Aneignung dominant platzierter Produkte oder Texte. Die mangelnde Durchdringung der lateinamerikanischen Gesellschaften durch Markt und Staat führt zu einer anderen Produktion und Zirkulation von Bedeutungen (Escobar 1992: 75f.). Daher ist eine Vermischung verschiedener Mobilisierungsgründe, etwa eine ethnische Bewegung, die gegen wirtschaftliche Missstände protestiert, keine Seltenheit (Bebbington 2007: 796f.). Sie führen gleichermaßen Kämpfe um Bedeutungen und um sozioökonomische Bedingungen – auch wenn dieser letzte Aspekt von Außenstehenden oft eher wahrgenommen wird (Escobar 1992a: 412). Vor allem Privatisierungsprozesse und neue Formen der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen können mobilisierend wirken und zu Kooperationen zwischen den verschiedensten sozialen Bewegungen führen. Diese breiten Bewegungen sind Antworten auf etwas, das als Versuch der „Akkumulation durch Enteignung“ (Bebbington 2007: 802) wahrgenommen wird. Die langjährigen Organisierungsbemühungen verschiedenster sozialer Bewegungen legten die Grundlagen für die Entwicklung vor allem ethnischer Bewegungen als nationale Akteure (Bebbington 2007: 804). Auch die Beteiligung von verschiedenen Wissenschaftlern nicht nur als Erforscher der Bewegungen, sondern auch als ihre Ratgeber hat zu einer breiten Konstituierung ihrer Forderungen beigetragen (Bebbington 2007: 806f.). Die Grundlage für Mobilisierung ist meist nicht absolute Armut, sondern strukturelle Diskriminierung und politische Exklusion (Bebbington 2007: 805). Daher sind die Ärmsten, die unter Mangel an Ressourcen und Zeit leiden, in der Regel nicht an sozialen Bewegungen beteiligt – und ihre Interessen dort nur wenig repräsentiert (Bebbington 2007: 811). Viele der Bewegungen in Lateinamerika kämpfen also eher gegen Ungleichheit als gegen Armut (Bebbington 2007: 813). Dieses Interesse an Partizipation kann durch eine marginale Integration der betreffenden Bewegungen in politische Prozesse – etwa über runde Tische oder Verhandlungen mit der Regierung – zu einer Gefahr für die soziale Bewegung selbst werden. Ein Einfluss von externen Akteuren auf die Bewegung und ihre Ideen lässt ihren gegenhegemonialen Diskurs an Gewicht und sie selbst an Einfluss und Mobilisierungspotential verlieren (Bebbington 2007: 813).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

c. Die Behandlung sozialer Bewegungen im Kontext der vorliegenden Arbeit

Für die vorliegende Arbeit sind soziale Bewegungen kollektive Bemühungen bestimmter Gruppen, von ihnen als problematisch wahrgenommene Situationen zu verändern. Dazu bilden sich innerhalb der Bewegungen relativ fest strukturierte Organisationen, die im Rahmen der Interessen der Bewegung bestimmte Forderungen in einem kohärenten Diskurs formulieren und bestimmte Mobilisierungsformen entwickeln und durchführen, um diese Forderungen umzusetzen. Forderungen und Mobilisierungen können sich dabei an den Staat oder einen Teil von ihm oder an die Gesellschaft oder bestimmte Gruppen in ihr wenden, haben aber ebenso eine zentrale Funktion innerhalb der Organisation, ihrer Bewegung und der Gruppe, die sie vertritt. Der Erfolg der verschiedenen Organisationen hängt zum einen von ihrer Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der Bewegung und ihres Umfeldes ab, die wiederum von der Akzeptanz ihrer Forderungen und Aktionsformen abhängt, zum anderen aber auch von ihrer Fähigkeit, ihre Forderungen umzusetzen oder ihre Umsetzung zumindest als wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Daher konkurrieren die verschiedenen Organisationen um begrenzte Ressourcen, die ein Weiterbestehen der Strukturen und die Durchführung von Mobilisierungen zum Erreichen der Forderungen erlauben, und können miteinander kooperieren, wenn die Umsetzung ihrer Forderungen wahrscheinlich erscheint – oder die Bewegung in einer Krise ist. Kultur und Identität sind dabei nicht nur mögliche Ressourcen oder Hindernisse, sondern prägen die grundlegende Struktur der Bewegung und ihres Diskurses. Eine soziale Bewegung mit ihren Mitgliedsorganisationen ist ein Generator für Diskurse, die den bestehenden Staat und die aktuelle Gesellschaftsstruktur kritisieren oder in Frage stellen können.

3. FORSCHUNGSDESIGN

Die vorliegende Arbeit versteht sich als begriffszentrierte Diskursanalyse. Es soll der Diskurs der Indigenenbewegung Ecuadors untersucht werden, unter Hervorhebung bestimmter Begriffe, die 1. *abstrakt*, 2. mit *Forderungen* verbunden, 3. im Diskurs der Bewegung *zentral,* 4. innerhalb und außerhalb der Bewegung *umstritten* sind und 5. eine *Geschichte* in der Bewegung haben. Diese Begriffe sind *Territorium*, *Nationalität*, *Plurinationalität* und *Interkulturalität*. Die Analyse dieser Begriffe stützt sich auf ihre Verwendung in den an die allgemeine Öffentlichkeit gerichteten Texten der Organisationen der Indigenenbewegung. Es sollen begriffliche Unklarheiten (etwa Multi- oder Plurikulturalität statt Interkulturalität), Definitionsversuche zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Wechselwirkungen zwischen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Begriffen besonders beachtet werden. Dazu wird die Diskurstheorie nach Foucault[9] mit der Begriffsgeschichte nach Koselleck verbunden.

Für Foucault ist der Diskurs als Möglichkeitsbedingung allen gesellschaftlichen Wissens zutiefst mit der Macht verbunden. Die Machtverhältnisse haben dabei einen „strikt relationale[n] Charakter" (Foucault 1983: 96), Macht verläuft parallel zu den sozialen Beziehungen, sie ist ihnen immanent (Foucault 1983: 94). Weder der Diskurs, noch die Macht sind dabei mit Subjekten verbunden, deren Intentionen sie leiten würden (Rusterholz 1998: 2332). Niemand hat also Macht, alles ist Macht. Wissen und Macht vereinen sich im Diskurs, „dieser [ist] als eine Serie diskontinuierlicher Segmente zu betrachten, deren taktische Funktion weder einheitlich noch stabil ist" (Foucault 1983: 100).

„Die Diskurse sind taktische Elemente oder Blöcke im Feld der Kraftverhältnisse: es kann innerhalb einer Strategie verschiedene und sogar gegensätzliche Diskurse geben; sie können aber auch zwischen entgegengesetzten Strategien zirkulieren, ohne ihre Form zu ändern." (Foucault 1983: 101)

Diskurse sind regelhaft (etwa Foucault 1983: 98-100) geordnete Aussagesysteme, die von bisher getätigten Aussagen erzeugt wurden und weitere Aussagen nach den jeweils aktuellen Regeln ermöglichen (Diaz-Bone et al. 2007: 6). Diese Regeln sind nicht als Handlungsanweisungen, sondern als „Regeln der Wissenskonstitution und -strukturierung" (Busse 1987: 233) zu verstehen. Sie sind produktiv und erzeugen beständig neue Aussagen, Verweise und Bedeutungen. „In diesem Sinn erschaffen Diskurse eine Wahrnehmung und Repräsentation der sozialen Wirklichkeit." (Diaz-Bone et al. 2007: 7) Die Untersuchung der Aussagen eines Diskurses ermöglicht es, die Regel des Diskurses zu erfassen – und so das System, das die Aussagen gliedert, analysieren zu können (Diaz-Bone et al. 2007: 6). Ein Diskurs ist also „eine Menge von Aussagen, die einem gemeinsamen Formationssystem angehören" (Busse 2003: 23f.). In diesem Formationssystem haben die Aussagen verschiedene Funktionen und werden mit einem bestimmten Sinn verbunden (Busse 1987: 222). „Wesentlich ist nicht die einzelne Aussage [...] sondern die Position, die sie in einem Netz diskursiver Beziehungen einnehmen." (Busse 1987: 229f.) Die Aussagen müssen dabei keinesfalls in festen Formen auftreten, sondern können im Sinne von Wissenssegmenten auf verschiedene Weisen artikuliert werden. Als solche steuern sie „die Bedingungen der Möglichkeit der Produktion bestimmter Äußerungen"

9 Es sei darauf hingewiesen, dass Foucault selbst keine Klarheit über sein methodologisches Vorgehen schafft (Busse 1987: 241) und sich daher verschiedene Methoden auf ihn berufen können.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Busse 2003: 23f.). Aussagen müssen nicht zwangsläufig sprachlich sein, jede soziale Handlung ist auch eine Aussage im Sinne Foucaults (Busse 1987: 224).

Eine Reihe diskursiver Mechanismen strukturieren die Aussagen eines Diskurses (Busse 2003: 23f.). Dazu gehören „die vier Konzepte *Ereignis*, *Serie*, *Regelhaftigkeit* und *Möglichkeitsbedingung*" (Busse 2003: 24), die vom spontanen Auftreten bestimmter Aussagen als Ereignis über ihre Wiederholung als Serie und deren Verdichtung zu einer Regelhaftigkeit, die wiederum die Möglichkeitsbedingung neuer Aussagen ist, die mögliche „Etablierung neuer diskursiver Strukturen" (Busse 2003: 24) lenken. Diese Strukturierung sorgt dafür, dass bestimmte Inhalte regelmäßig auftreten und sich bestimmten Diskursen zuordnen lassen. Busse spricht von „diskurssemantische[n] Grundfiguren" (Busse 2003: 28f.), um deutlich zu machen, dass die Aussagen und ihre diskursive Funktion nicht unbedingt den Sprechern, die sie verwenden, bewusst sind. Diese Grundfiguren ordnen – ganz im Sinne von Foucaults Begriffen Regelhaftigkeit und Möglichkeitsbedingung – das Auftreten inhaltlicher Elemente in Diskursen und strukturieren diese. Sie sind nicht an einen bestimmten Diskurs gebunden, sondern können gleichzeitig in verschiedenen Diskursen auftauchen – und so die Diskurse in Beziehung bringen (Busse 2003: 29f.). Weiterhin gehören alle Aussagen zum „Feld der Begleitumstände" (Busse 1987: 230), das auf jede andere Aussage jedes Bereiches Einfluss nehmen kann. Die diskursiven Grundfiguren müssen keinesfalls Wörtern oder Begriffen entsprechen (Busse 2003: 30), sie sind vielmehr die Regeln, nach denen diese – und andere kommunikative Handlungen – eingesetzt werden.

Die Diskursanalyse versucht nun, anhand der einzelnen Aussagen und ihres Kontextes ihre Regelhaftigkeiten und Möglichkeitsbedingungen und damit die Regeln des Diskurses herauszuarbeiten. Die Analyse der Aussagen in einem Diskurs soll dabei „die Identifizierung von Regelmäßigkeiten" (Busse 2003: 24) ermöglichen. So kann erklärt werden, warum zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Art von Aussagen von bestimmten Akteuren verwendet wurde – und nicht unter anderen Umständen (Busse 1987: 233f.). Dazu muss eine Vielzahl von einzelnen Aussagen auf Gemeinsamkeiten untersucht werden, die Aufschluss über die ihnen zugrundeliegenden Regelmäßigkeiten geben können. Von besonderem Interesse ist, wann eine Regel gebrochen wird oder eine Regelmäßigkeit aufhört zu existieren (Busse 1987: 258). Das kann nur über eine Analyse der „‚Produktionsbedingungen' der diskursiven Äußerungen" (Busse 1987: 259) geschehen, die den Kontext des Entstehens der jeweiligen Aussage klären soll. Insbesondere ist die „soziale Situierung der kommunikativen Akte [...] und der aktuelle Kontext, in dem sie stehen" (Busse 1987: 260) von Interesse, also die Frage, an welche Aussagen und Diskurse eine neue Aussage anschließt und von welchen sie sich abgrenzt. Diese Situierung entspricht einer diskursiven Periodisierung, die einzelne Serien und Regelhaftigkeiten zeitlich voneinander abgrenzt (Busse 1987: 270). Foucault

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

untersucht in seinen Diskursanalysen zuerst den Wissensbereich, der diskursiv erzeugt wird, dann, nach welcher Logik die Begrifflichkeit des Bereiches strukturiert ist, weiterhin, wer oder was den Diskurs kontrolliert und abschließend, welches die strategischen Ziele sind, die im Diskurs verfolgt werden (Diaz-Bone et al. 2007: 5).

Der Diskurs ist für Foucault die Summe alles Sagbaren (Steinmetz 2008: 184). In diesem Sinne sind Begriffe Knotenpunkte des Diskurses, zu denen man sich zwangsweise verhalten muss, wenn man über das jeweilige Thema spricht. Foucault versteht den Diskurs als „‚Ort des Auftauchens der Begriffe', dessen Formationssystem allererst das Erscheinen und die Kombination von Begriffen ermöglicht" (Busse 1987: 225). Diese Begriffe oder Aussagen sind einem semantischem Wandel unterworfen, der drei typische Verlaufsformen nehmen kann:

„(1) Wandel durch Plausibilitätsverlust von Wörtern oder Redeweisen infolge überraschender Ereignisse und Umbrüche; (2) Wandel durch Zu- oder Abnahme des strategischen Gebrauchswerts von Wörtern oder Redeweisen in wiederkehrenden Kommunikationssituationen; (3) Wandel durch Irritation des Wort- und Bedeutungshaushalts einer Sprache durch Wortimporte aus einer anderen Sprache." (Steinmetz 2008: 187f.)

Im ersten Fall, dem Plausibilitätsverlust bestimmter Wörter, können diese einen neuen Sachverhalt nicht mehr erfassen und werden daraufhin verändert oder ersetzt. Diese Verlaufsform erklärt die Abschwächung und das Verschwinden, aber nicht das Aufkommen neuer Begriffe (Steinmetz 2008: 188f.). Das lässt sich durch den Wandel des strategischen Gebrauchswerts der Begriffe in den jeweiligen Situationen erklären. „Wörter gewinnen in der politischen Kommunikation an Gebrauchswert, wenn sie die Fähigkeit besitzen, möglichst viele disparate Einzelerfahrungen zu bündeln." (Steinmetz 2008: 189f.) Wenn sie also sehr anschlussfähig sind und nahezu beliebig mit Inhalt gefüllt werden können. Dazu gehören „Kollektivbezeichnungen, die breite Aktionsbündnisse ermöglichen, also möglichst inkludierend sind" (Steinmetz 2008: 189f.). Eine dritte Erklärung für semantischen Wandel ist die „Irritation infolge von Wortimporten von der einen in die andere Sprache" (Steinmetz 2008: 190f.). Sprache muss dabei als ein spezifisches Phänomen besonderer sozialer oder kultureller Gruppen gesehen werden – die Wortimporte erfolgen also nicht unbedingt aus einer Fremdsprache, sondern aus einem andern sozialen oder kulturellen Kontext.

An diesem Punkt ist die Diskurstheorie Foucaults mit der Begriffsgeschichte nach Koselleck kombinierbar. Letztere interessiert sich weniger für das erste Erscheinen und eine möglichst genaue Definition der einzelnen Begriffe, sondern für ihre Verbreitung und Bedeutung in der Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt, „also eine sozialhistorische Konturierung der semantischen Bestimmungen" (Leon-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hard 2004: 79). Damit unterscheidet sie sich nicht grundlegend von diskursanalytischen Ansätzen, die ebenfalls mit Aussagen eine Oberkategorie von Begriffen untersuchen.

„Diskurse lassen sich also von begrifflichen Deutungsmustern als unersetzbare Einheiten des politisch-sozialen Vokabulars gar nicht separieren, sondern sind in deren Genese und Transformation notwendig angelegt. Grundbegriffe entstehen und funktionieren nur im Diskurs, der nicht ohne sie zu denken ist. Diskurs und Grundbegriff befinden sich von daher in einem Interdependenzverhältnis, das eine methodische Überordnung der einen über die andere Analyseeinheit ausschließt." (Leonhard 2004: 83)

Die Begriffsgeschichte untersucht im Sinne einer historischen Semantik die Bedeutungskonstitution von Begriffen und ihre Bedingungen und „wählt dazu isolierte, verdichtende Stichwörter, denen eine Schlüsselstellung zugesprochen wird, um sprachförmige Konzeptualisierungen zu erfassen und zu kontextualisieren" (Kollmeier 2012: 1). Diese Begriffe zeichnen sich dadurch aus, diskursive Entwicklungen nicht nur abzubilden, sondern sie zu gestalten (Koselleck 1996: 61). Es sind „Agenten des historischen Prozesses" (Busse 2003: 22). Dabei geht es nicht um eine sprachwissenschaftliche Analyse der jeweiligen Begriffe, sondern um die Analyse ihrer Funktionsweisen und Bedeutungen in einem konkreten sozialen Kontext (Kollmeier 2012: 1). Tatsächlich müssen diese Begriffe nicht an einzelne Wörter gebunden sein, sondern können auch durch ähnliche Wortbildungen ausgedrückt werden (Busse 2003: 22) – und so leichte Bedeutungsverschiebungen erfahren. Aus diesem Grund muss gleichzeitig semasiologisch und onomasiologisch vorgegangen werden, also sowohl alle Bedeutungen eines Wortes oder Begriffs, als auch alle Bezeichnungen eines Begriffs untersucht werden (Koselleck 1996: 64). „Begriffsbildungen und der sich wandelnde Wortgebrauch werden als sprachförmig kondensierte Antworten auf spezifische historische Herausforderungen begriffen." (Kollmeier 2012: 4f.) In diesem Sinne analysiert die Begriffsgeschichte die Momente der Begriffsbildung und der Verschiebung der ihm zugeschriebenen Bedeutung (Koselleck 1996: 68; Kollmeier 2012: 5). Dazu werden die Begriffe als 1) politisch, 2) umstritten, 3) mit einer langen Geschichte ausgestattet, 4) Produzenten von oft ungewollten politischen Folgen und 5) auch außerhalb der jeweiligen Elite verwendet gesehen (Richter 2005: 220). Es handelt sich – wie der neuere Ansatz des Netzwerkes *Iberconceptos* feststellt – um „soziopolitische und identitäre Grundbegriffe" (Fernández Sebastián 2007: 167), deren Wirkungen die gesamte Gesellschaft umfassen. Solche Begriffe sind wortgewordene Diskursprozesse, greifbare Einheiten, die auf Entwicklungen verweisen, die nicht ohne weiteres sichtbar gemacht werden können. Sie repräsentieren „historische Problemfelder in verdichteter Form" (Kollmeier 2012: 4).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Begriffe im Sinne der Begriffsgeschichte zeichnen sich dadurch aus, nicht auf Erfahrungen aufbauen zu können, also keine Beschreibung oder Interpretation bereits geschehener Ereignisse zu sein. Die mit der Moderne zunehmende Komplexität – eine der Grundvoraussetzungen für Kosellecks Ansatz der Begriffsgeschichte – reduziert die Reichweite der direkten persönlichen Erfahrung und führt zu immer abstrakteren Begriffen, die nicht mehr nur auf die Vergangenheit, sondern vor allem auf die Zukunft verweisen. „Viele Grundbegriffe, vor allem diejenigen, die Bewegungen bezeichnen -ismen-, stimmten darin überein, dass die zukünftige Geschichte grundsätzlich anders sein sollte als die Vergangenheit." (Koselleck 1996: 60f.) Die geringe Bindung an Vergangenes macht diese Begriffe anschlussfähig für Ideologien, die auf eine Veränderung aus sind. Aus diesem Grund kann Begriffsgeschichte sich immer nur mit der spezifischen Sprache spezifischer Sprecher in spezifischen Situationen beschäftigen (Koselleck 1996: 61f.). Begriffe sind beständiger Entwicklung unterworfen, ihre Bedeutung ist nicht fixiert.

Die Arbeiten der Begriffsgeschichte lassen sich nicht ohne weiteres für eine Analyse von Begriffen im heutigen Kontext verwenden. Zum einen hat sie das methodische Problem der Fixierung auf eine Sattelzeit von ungefähr 1750 bis 1850, in der die untersuchten Begriffe geprägt wurden oder ihre Bedeutung erheblich verändert haben (Fernández Sebastián 2007: 167; Kollmeier 2012: 3f.). In diesem Zeitraum fand eine Verdichtung und Abstrahierung von bis dahin im Plural verwendeten Begriffen zu Allgemeinbegriffen statt. Diese begünstigte eine Rezeption solcher Begriffe auch außerhalb der Eliten und damit ihre Verwendung als Mittel politischer Auseinandersetzungen, ihre Verbindung mit bestimmten Erwartungen und schließlich ihre Ausweitung gemäß der gesellschaftlichen Pluralisierung – in der Terminologie der Begriffshistoriker Demokratisierung, Ideologisierbarkeit, Verzeitlichung und Politisierung (Richter 1997: 28-30; Leonhard 2004: 76f.; Kollmeier 2012: 5). Daher ist die Anwendung der Methoden der Begriffsgeschichte auf „die Hochmoderne und das gesamte 20. Jahrhundert weit weniger entwickelt und erprobt" (Kollmeier 2012: 14).

Ein Problem für die Anwendung der Begriffsgeschichte auf die vorliegende Arbeit ist zudem ihre Orientierung auf Grundbegriffe im Sinne von abstrakten und allgemein gebräuchlichen Begriffen, wie etwa Nation, Volk oder Republik, die von verschiedenen Gruppen unterschiedlich verwendet und interpretiert werden (Koselleck 1996: 65; Fernández Sebastián 2007: 166f.) – und nicht auf Begriffe die als solche oder in ihrer Bedeutung von bestimmten Gruppen neu eingeführt werden und keine Verallgemeinerung in diesem Sinne erreichen. Koselleck etabliert den Sonderbegriff der Grundbegriffe, die sich von normalen Begriffen dadurch unterscheiden, dass sie „ein unausweichlicher, unersetzlicher Teil des politischen und sozialen Vokabulars" (Koselleck 1996: 64f.) sind. Diese Grundbegriffe sind zentral im Diskurs des jeweiligen Feldes verankert und repräsentieren verschiedene und

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

widersprüchliche Inhalte und Erfahrungen, weshalb sie stets umstritten sind (Koselleck 1996: 65). Ein Grundbegriff verdrängt oder verändert andere, ähnlich gelagerte Begriffe. „Er legt fest und grenzt ab, er erweitert und reduziert das für folgende Generationen verfügbare Vokabular." (Koselleck 1996: 66) Damit sind Grundbegriffe gleichzeitig „Indikatoren geschichtlicher Bewegung [und] Faktoren des geschichtlichen Prozesses" (Busse 1987: 51), gleichzeitig historisches Subjekt und (Forschungs-)objekt. Die Forschungsperspektive hebt dabei die sprachtheoretischen Zweifel Busses (1987: 51) auf: zum Zeitpunkt seiner Untersuchung ist der Grundbegriff für den untersuchten Zeitraum kein Akteur mehr – da dieser Zeitraum schlichtweg vergangen ist.

Schließlich kann die Orientierung auf Begriffe dazu führen, dass Diskurse oder Bedeutungen, die ohne Nennung der jeweiligen Begriffe auskommt, ignoriert wird (Busse 2003: 26f.; Kollmeier 2012: 7). Ebenso werden nicht alle Bedeutungen der jeweiligen Begriffe aufgespürt. Die Orientierung der Begriffsgeschichte auf bestimmte Bedeutungen bestimmter Begriffe führt in diesem Sinne zu einer – teils unnötigen – Verengung der Forschung (Bruners o.J.: 6/9).

Koselleck entwickelt einen Begriff asymmetrischer Gegenbegriffe, die für die vorliegende Arbeit wenig hilfreich ist. Es geht bei der Beschreibung der Begriffe der Indigenenbewegung Ecuadors nicht um asymmetrische Gegenbegriffe, die im Sinne Kosellecks ein Außen markieren (Junge 2011: 10f.). Ein solcher Gegenbegriff ist also der Begriff des Anderen für das Selbst (oder Wir). Die Begriffsgeschichte Kosellecks geht von Begriffen aus, die meist auf einen bestimmten – wenn auch austauschbaren – Gegenbegriff weisen (Junge 2011: 25). Wenn alle – oder fast alle – Begriffe Gegenbegriffe im Sinne Kosellecks haben, ist die Begriffsgeschichte Kosellecks eine zutiefst strukturalistische. Das lässt sich auf politische Begriffe im Sinne dieser Arbeit nicht anwenden. Der hier verwendete Begriffsbegriff bricht mit dieser binären Weltsicht. Politische Begriffe im hier verwendeten Sinne haben nicht die Reichweite der koselleckschen Grundbegriffe. Die vorliegende Arbeit orientiert sich eher an Kosellecks Begriff des Kampfbegriffs, ein Begriff, der dazu verwendet wird, die Vorschläge und Begriffe des Gegners zu diskreditieren (Koselleck 1996: 68) – oder umzudeuten. Der Begriff des Gegenbegriffs meint hier: ein Begriff der sich gegen einen bereits bestehenden Begriff wendet, ihn als Knotenpunkt von Forderungen, Weltsichten und Handlungsweisen kritisiert und sich selbst als Alternative anbietet.

Die Begriffe der Indigenenbewegung werden als politische, das heißt als mit Forderungen an Staat und Gesellschaft verbundene Begriffe verstanden[10]. Damit

10 Wodurch sich die vorliegende Arbeit von Studien unterscheidet, die Indigenität -also ein identitäres Konstrukt, dass als Grundlage von Forderungen dienen kann- ins Zentrum ih-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unterscheiden sie sich von den Grundbegriffen der Begriffsgeschichte, die nur in einigen Fällen konkrete Forderungen enthalten. Die Begriffe der Indigenenbewegung, die hier untersucht werden sollen, sind also normativ, im Gegensatz zu den deskriptiven Begriffen der Begriffsgeschichte, die zwar die Realität, die sie zu beschreiben vorgeben, erst erschaffen, aber doch immerhin vorgeben, beschreibend zu sein und nur so funktionieren können. Daher wird die deskriptive Begriffsbildung in dieser Arbeit vernachlässigt. Der Begriffsbegriff von Foucault, auf den Busse (1987) aufbaut, ist, ebenso wie die *essentially contested concepts* (Gallie 1956) vom hier verwendeten Begriff des Begriffs zu unterscheiden. Beide Ansätze verstehen Begriff als Wissenskategorie, im Sinne des Begreifens einer Realität. Die politischen Begriffe, die in dieser Arbeit untersucht werden sollen, sind keine Wissenskategorien in diesem Sinne. Es handelt sich vielmehr um gebündelte Forderungen, die auf eine bestimmte Weltsicht verweisen (Benford/Snow 2000: 623). Politische Begriffe sind somit normativ – und nicht deskriptiv, wie die Begriffe, mit denen Foucault und Gallie arbeiten. Der zentrale Akteur, der hier untersucht wird, ist die Indigenenbewegung, also die in mehr oder weniger formal strukturierten Organisationen tätigen Indigenen und – in geringerem Maße – nicht-Indigenen. Daher wird diese Arbeit nicht näher definieren, was ‚Indigen' ist. Es reicht, die Bewegungsidentität der einzelnen Organisationen als Organisationen der Indigenenbewegung zu betrachten.

Die Begriffe der Indigenenbewegung sind stets politische – also normative – Begriffe. Sie beziehen sich auf Veränderungen, die erst durchzusetzen sind. Davon sind wissenschaftliche Begriffe, die deskriptiv funktionieren, zu unterscheiden. Das Verständnis des politischen Begriffs der Plurinationalität als deskriptiver Begriff, der die ethnische Pluralität beschreibt (etwa in Almeida 2008), beschneidet den Begriff also um einen Teil seiner – normativen – Bedeutung. Dasselbe trifft auf den deskriptiven Interkulturalitätsbegriff von Costa/Gurza (2006: 249) zu. In diesem Sinne ist auch der Vergleich zwischen den deskriptiven Begriffen Multi- und Plurikulturalität und dem normativen Begriff Interkulturalität, den (Ramón 2009: 134-135) macht, ungenügend. Beide Arten von Begriffen miteinander zu vergleichen, bedeutet auch, die normativen Aspekte des Deskriptiven zu betonen (in dem Sinne, dass Multikulturalität eben nicht nur die Existenz verschiedener Ethnien bedeutet, sondern auch einen bestimmten Umgang zwischen diesen erwartet).

Ein politischer Begriff ist hier ein Wort oder Wortkomplex, das abstrakte – das heißt nicht konkret fassbare –, allgemeine, auf das Zusammenleben der gesamten Gesellschaft gerichtete Forderungen enthält und auf dahinterstehende, komplexe und widersprüchliche Programme oder Weltsichten verweist. Daher ist ein politi-

rer Aufmerksamkeit stellen (etwa Canessa 2007). Fragen der Identität sollen hier nicht untersucht werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

scher Begriff immer uneindeutig und verschiedenen Auslegungen oder Interpretationen unterworfen. Er ist eigenständig als Zeichen, dass auf diesen komplexen Forderungskatalog oder diese Reihe an Ideen verweist, umstritten zwischen den Gruppen, die sich zu diesen Forderungen verhalten und ständigem Wandel unterworfen. Die Forderung nach Zugang zu Land für eine bestimmte Gemeinde oder nach günstigen Krediten ist in diesem Sinne nicht direkt an einen politischen Begriff geknüpft, die Forderung nach einer Agrarreform, die unter Teilnahme der betroffenen Gruppen durchgeführt wird, aber sehr wohl – eben den der Agrarreform[11]. Die so definierten politischen Begriffe zeichnen sich dadurch aus, Unterbegriffe zu besitzen, die miteinander in Beziehung stehen. Der politische Begriff ‚Sozialismus' verweist so auf die Unterbegriffe ‚Klassenkampf', ‚Proletariat', usw. Dabei ist die Beziehung zwischen diesen Begriffen nicht zwangsläufig eine hierarchische. Wie am Beispiel der Agrarreform ersichtlich, können sie in unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Bedeutungszusammenhängen eine Rolle spielen. Die Grundfrage muss dabei immer sein: „Was fordert eine bestimmte Gruppe, wenn sie in einem bestimmten Kontext einen bestimmten Begriff verwendet?" oder als konkretes Beispiel: „Was fordert die CONAIE, wenn sie 1990/1994/2012 einen plurinationalen Staat fordert?". Der untersuchte Begriff muss dabei eine zentrale Position im Diskurs oder Denken und Sprechen einer bestimmten Gruppe einnehmen. In der vorliegenden Arbeit sind diese zentralen politischen Begriffe (indigene) Nationalität, Territorialität/Territorium, Plurinationalität und Interkulturalität. Der neuere Begriff des Guten Lebens wurde später übernommen, hat aber ebenfalls eine zentrale Position im Diskurs der indigenen Organisationen erlangt.

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Konzeption von Begriffsgeschichte die das Netzwerk *Iberconceptos* verwendet. *Iberconceptos* zeichnet sich insbesondere durch einen Fokus auf das Entstehen und den Wandel von Identitäten aus. Viele der zur Sattelzeit aufkommenden oder ihre Bedeutung verändernden Begriffe in Iberoamerika markieren das Aufkommen neuer kollektiver Akteure mit spezifischer räumlicher, sozialer oder politischer Verortung (Fernández Sebastián 2007: 169). Eine Hypothese der vorliegenden Arbeit ist, dass die Entstehung der neuen, identitär geprägten politischen Begriffe wie indigene Nationalität oder Plurinationalität die Entstehung einer neuen Art von Indigenenbewegung markiert.

Die Konzentration auf bestimmte Begriffe, die dem Diskurs der Indigenenbewegung zentral sind, hat den Vorteil, dass die Untersuchung einiger weniger Texte bereits Ergebnisse bringen kann. So kann die „Konzentration auf die Knotenpunkte im diachronen Bedeutungswandel einzelner Wörter" (Steinmetz 2008: 182) mit einer relativ kleinen Basis an Zitaten auch bei schwierigem Feldzugang oder Daten-

11 Siehe die Auseinandersetzung zwischen den Positionen einer demokratischen und einer integralen Agrarreform in Ecuador, Kapitel III.1.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lage eine tief gehende Analyse von Diskursen ermöglichen. Gleichzeitig muss jedoch auch das Umfeld der Begriffe und ihres Entstehens untersucht werden, um die vermutete Rolle der jeweiligen Texte und Begriffe absichern zu können. Begriffe können „immer nur in ihrer Funktion, in ihrer Verwendungsweise in kommunikativen Handlungen verstanden und untersucht werden“ (Busse 1987: 49). So versucht diese Arbeit, eine drohende „isolierte Betrachtung von Einzelbegriffen“ (Kollmeier 2012: 11) zum einen durch die Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Begriffen, zum anderen durch eine nähere Untersuchung ihrer Entstehungszusammenhänge in den Indigenenorganisationen selbst zu vermeiden.

Auch wenn sich die vorliegende Arbeit an einzelnen Begriffen orientiert, so gehören diese Begriffe doch einem bestimmten Bereich des Diskurses an, der in der Bearbeitung der Begriffe reflektiert werden soll. „Bezugsebene einer Begriffs- oder Bedeutungsanalyse kann [...] nur der Vollzug des Sprechens über einen Sachbereich sein.“ (Bruners o.J.: 12) Daher muss bei der Untersuchung eines Begriffes auch auf den kommunikativen Zusammenhang dieses Begriffes eingegangen werden. Innerhalb eines Sachbereiches kann der untersuchte Begriff in verschiedenen Situationen verschiedene Bedeutungen annehmen, die also solche zu untersuchen sind (Bruners o.J.: 12-14). So soll das kommunikative Wissen der Beteiligten und die daraus entstehenden Bedeutungszusammenhänge verortet (Busse 1987: 55) und die Analyse der Begriffe erweitert und geschärft werden. Das Sachfeld, dem die zu untersuchenden politischen Begriffe angehören, ist im Fall der vorliegenden Arbeit das der interethnischen Beziehungen, die innerhalb der Indigenenbewegung aber mit gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung reflektiert werden. Jeder untersuchte Begriff versucht, diese interethnischen Beziehungen auf eine bestimmte Art zu definieren oder Vorschläge zu machen, wie diese Beziehungen anders und besser gestaltet werden können – und zwar jeweils in einem Kontext, der die gesamte Gesellschaft und den Staat einschließt. Alle Ideen und Überlegungen, die in diesem Sachfeld angestellt werden, werden analysiert und gegebenenfalls einem nahestehenden Begriff zugeordnet.

Die Grundlage für die Erforschung der politischen Begriffe der Indigenenbewegung bildet der Fragebogen, der den Forschungen des Netzwerks *Iberconceptos* zugrunde liegt. Es sei daran erinnert, dass nicht alle der aufgeführten Punkte für die vorliegende Forschung relevant sind.

„A. *Semantik (Diachronie)*

1. Die ersten Erscheinungen des Begriffs datieren (wenn es sich um einen völligen Neologismus handelt). Oder, wenn es sich um einen sinnhaften Neologismus handelt, die ersten Male, in denen das Wort in der neuen Annahme verwandt wird.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. Im zweiten Fall, anzeigen bis zu welchem Punkt die alten Bedeutungen, trotz der Resemantisierung, auf die neuen Verwendungen des Begriffs wirken.
3. Die Momente der größten Nutzung des Begriffs feststellen (politische Krisen, parlamentarische Debatten, journalistische Auseinandersetzungen).
4. Ein Entwicklungsschema der nähesten, ähnlichen, angrenzenden und entgegengesetzten Begriffe umreißen.
5. Deutlich machen, ob sich der behandelte Begriff in eine (oder verschiedene) Sprachmodalitäten oder Diskurstraditionen einzufügen scheint.
6. Die Befrachtung mit Vergangenem (*Erfahrungsfeld*) und die Bestrebung einer zukünftigen Umsetzung (*Erwartungshorizont*) auswerten, die der Begriff in sich trägt und die Verschiebung des Gewichts beider Bestandteile über den gesamten Zeitraum […] hinweg.

B. *Pragmatik (Synchronie)*
7. So weit wie möglich die Arten von Dokumenten, Situationen oder Reden identifizieren, in denen der Begriff in Frage vorzugsweise auftaucht.
8. Eine Liste von Autoren, Werken oder institutionellen und kulturellen Referenzen machen, die die Autoren zitieren, wenn sie den Begriff behandeln.
9. Die vorherrschende normative Färbung des Begriffs deutlich machen (positiv, negativ oder neutral).
10. Angeben, ob es möglich ist, die übergreifende Bewertung (*transvaluación*) oder Resemantisierung des Begriffs zu beobachten, deutlich machen, welche individuellen oder kollektiven Agenten bei solchen Versuchen ideologischer Innovation die Hauptrolle spielen und den Grad an Erfolg dieser Bestrebungen bewerten.
11. Die Hauptbruchlinien der Debatten schematisieren, dabei die ihnen zugeschriebenen Hauptbedeutungen und die Achsen der Auseinandersetzung synthetisieren.
12. So weit wie möglich auswerten, ob es sich um einen von den Sprechern der Epoche gewöhnlich verwendeten Begriff handelt oder ob seine Verwendung im Gegenteil nur den politischen und/oder intellektuellen Eliten zukam (und, wenn zutreffend, ob es möglich ist, eine häufigere Verwendung des Begriffs in bestimmten sozialen oder beruflichen Bereichen zu beobachten).

C. *Schluss (Begriffsgeschichte)*
13. Verbindungen und Entsprechungen zwischen bestimmten sozialen, politischen und kulturellen Ereignissen (Revolutionen, Verfassungen oder andere rechtliche Texte) und den Veränderungen in der Bedeutung oder Bewertung des untersuchten Begriffs herstellen.
14. Deutlich machen, wie diese besondere Art die politischen und sozialen Wirklichkeiten zu begreifen auf den Lauf der Ereignisse Einfluss genommen haben kann.“ (Fernández Sebastián 2007: 172f.)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Untersuchung der politischen Begriffe der ecuadorianischen Indigenenbewegung wird sich grob an diesem Fragebogen orientieren, jedoch die bereits herausgearbeiteten Unterschiede der Methode – vor allem was den Begriffsbegriff angeht – besonders hervorheben.

Textauswahl

Schon die Auswahl der zu bearbeitenden Texte ist

„ein interpretativer Akt, der aus der (fiktiven) Menge allen Materials einzelne Texte, und aus diesen einzelne Aussagen, herausgreift, und letztlich zu einem eigenen, neuen Diskurs konstituiert." (Busse 1987: 65f.)

Dieser neue Diskurs soll dann die untersuchte Gesamtheit repräsentieren. Damit die Repräsentation einigermaßen legitim ist, muss die Gesamtheit des Materials möglichst breit angelegt sein (Busse 1987: 65f.). Nur so kann nicht nur die Auswahl der untersuchten Begriffe, sondern auch ihre jeweilige Verwendung – und damit ihr Wandel – angemessen nachvollzogen werden. Um die relevanten Bedeutungen der Begriffe nicht zu eng zu fassen (Bruners o.J.: 13), werden verschiedene Kategorien in den Blick genommen.

Die Untersuchung sozialer Bewegungen schränkt die Textauswahl auf bestimmte Textarten ein. Meist werden Interviews von zentralen Aktivisten, Berichte in Kommunikationsmedien – vor allem Zeitungen – oder von der Bewegung und ihr nahestehenden Akteuren produzierte Dokumente analysiert (Benford 1997: 421). Im Falle der ecuadorianischen Indigenenbewegung hat der Historiker Hernán Ibarra vier Textkategorien erfasst:

„a) Die offiziellen Dokumente der Organisationen, in denen kulturelle, soziale und politische Forderungen dargelegt und begründet werden; b) Von Indigenen geschriebene Texte über bestimmte ethnische Gruppen; c) Mündliche Wortmeldungen und Interviews, die als geschriebene Texte reproduziert werden und d) Die Produktion von indigenen Intellektuellen, die regelmäßig in der Presse und in akademischen Veröffentlichungen schreiben." (Ibarra 1999: 89)

Dieser Textkategorien enthalten „öffentliche Symbole" (Swindler 1995: 28), die nicht nur das Denken des jeweiligen Autors widerspiegeln, sondern ein „Bedeutungssystem" (Swindler 1995: 28) repräsentieren, das die Ideen der Bewegung – teilweise – öffentlich zugänglich macht. Die vorliegende Arbeit legt das Hauptgewicht auf die offiziellen Dokumente der verschiedenen Organisationen. Diese wurden in allen Fällen von gewählten Repräsentanten der jeweiligen Organisationen zusammengestellt und formuliert, was diesen Texten eine Legitimation gibt, die die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

anderen drei Arten nicht haben. Reden, Interviews und Artikel durch Indigene, genauso wie Texte von Indigenen über ethnische Gruppen werden daher nur ergänzend verwandt, etwa beim Nachzeichnen der ersten Verwendungen bestimmter politischer Begriffe. Die offiziellen Dokumente der verschiedenen Organisationen sind als politische Dokumente von Interesse, also „als Vorschläge, um die Gesamtheit der ganzen Gesellschaft zu verändern, zu denen die Indio-Völker gehören" (Bonfil Batalla 1981: 11f.). Dahinter steht die Annahme, dass die indigenen Völker politische Einheiten sind, die ein Recht haben, an den Entscheidungen des Staates teilzuhaben. Dokumente, die sich ausschließlich um interne Angelegenheiten der indigenen Gemeinden drehen, werden in diesem Sinne nicht beachtet (Bonfil Batalla 1981: 11f.).

Alle vorgestellten Textarten haben einen wichtigen Nachteil gemeinsam: sie geben vor allem die Sichtweisen des Führungspersonals und der gesellschaftlichen Eliten wider, leiden also unter einer „eingebauten Verzerrung von oben nach unten" (Benford 1997: 421). Diese Verzerrung kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ausgeglichen werden. Es sei auf ethnographisch inspirierte Studien verwiesen, die sich den Ideen der Basis der Indigenenbewegung nähern, etwa Becker/Tutillo (2009) oder Sánchez-Parga (2007, 2010, 2010a). Ein weiteres Problem ist die Konzentration auf Texte der größten Organisation der Indigenenbewegung. Die meisten der vorliegenden Texte stammen von der CONAIE und ihren Mitgliedsorganisationen – ein Zeichen ihrer diskursiven und organisatorischen Hegemonie. Auch wenn diese Organisationen – wie im Laufe der vorliegenden Arbeit deutlich gemacht wird – die Entwicklung der Indigenenbewegung und ihres Diskurses entscheidend beeinflussen, haben die anderen Organisationen einen gewissen Einfluss, aber eine geringere Textproduktion, die zu ihrer Unterrepräsentation in der Textauswahl führt.

Methodisches Vorgehen

Die bisher diskutierten Ansätze werden die Bearbeitung der Texte und das Herausarbeiten von Analysekategorien lenken. Jedoch enthält keiner dieser Ansätze eine eindeutige Handlungsanweisung für das methodische Vorgehen. Daher sind Kolonialität der Macht, Theorien sozialer Bewegung und die ad-hoc-Methodologie der begriffszentrierten Diskursanalyse mehr theoretischer Hintergrund der tatsächlichen Forschung als methodologische Instrumente. In allen Fällen wurden die Schwierigkeiten einer direkten Verwendung dieser Ansätze als Methoden herausgearbeitet. Da diese Schwäche offensichtlich ist, wird für die tatsächliche Textanalyse ein theoretisch wenig kompromittierender Ansatz gewählt – ein Ansatz, der die Bearbeitung der verschiedenen Texte für alle drei beschriebenen Ansätze möglich macht. Somit soll neben einem überprüfbaren Minimalinstrumentarium die Methodentriangulation mehr über eine Theorietriangulation oder eine Kombination sich

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ergänzender Kategorien und Interpretationsweisen erreicht werden, als über die Verwendung verschiedener Methoden selbst. Die Auswahl konkreter Methoden ist durch die dieser Arbeit zugrunde liegende Orientierung auf die Texte der verschiedenen Indigenenorganisationen von vorneherein reduziert. Unter den verschiedenen textanalytischen Ansätzen erfüllt die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring die Ansprüche dieses Forschungsdesigns besonders gut.

Dieser Ansatz definiert von der „Einordnung in ein Kommunikationsmodell" (Mayring 2000: 7) und einer Festlegung des Ziels der Analyse ausgehend feste Regeln, nach denen die Analyseaspekte begründet in Kategorien übersetzt und unter nachvollziehbaren Kriterien auf bestimmte Texte angewendet werden (Mayring 2000: 7). Von besonderer Bedeutung ist der Umgang mit Kategorien, wobei sich „induktive Kategorienentwicklung und deduktive Kategorienanwendung" (Mayring 2000: 8) ergänzen. Induktive Kategorienentwicklung meint die Erarbeitung der „Auswertungsaspekte […] aus dem Material heraus" (Mayring 2000: 10) – wobei sich die Kategorien aufeinander beziehen und mehrfach überarbeitet werden müssen (Mayring 2000: 11):

„Grundgedanke ist, aus der Fragestellung der Studie abgeleitet und theoretisch begründet ein Definitionskriterium festzulegen, das bestimmt, welche Aspekte im Material berücksichtigt werden sollen, und dann schrittweise das Material danach durchzuarbeiten. Die entwickelten Kategorien werden in einer Rückkopplungsschleife überarbeitet, einer Reliabilitätsprüfung unterzogen, und können später auch zu Überkategorien zusammengefasst [...] werden." (Mayring 2000: 12)

Die deduktive Kategorienanwendung bezieht sich auf „schon vorher festgelegte, theoretisch begründete Auswertungsaspekte" (Mayring 2000: 13), die methodisch abgesichert auf die Texte angewendet werden.

Beide Ansätze werden nicht nur jeweils für sich überprüft, sondern beziehen sich aufeinander. In der vorliegenden Arbeit wird dasselbe Material (alle zur Verfügung stehenden programmatischen Schriften der Organisationen der Indigenenbewegung) in drei Ansätzen nach unterschiedlichen Kategorien bearbeitet. Dabei werden die beiden Methoden der Kategorienbildung nicht wie von Mayring vorgesehen, nacheinander (Mayring 2000: 11/14), sondern gleichzeitig durchgeführt, nicht zeitlich, sondern thematisch getrennt. Dadurch wird eine Verbindung zur Diskursanalyse und der in ihr enthaltenen „thematischen Analyse" (Ruiz 2009: 19) geschaffen, die die Etablierung einer begriffszentrierten Diskursanalyse erlaubt. Dieses Vorgehen ist durch das Fehlen einer überprüfbaren Theorie beim Forschungsdesign begründet – als Grundlagenarbeit kann der vorliegende Text nur in wenigen Punkten an bereits bestehende Theorien anschließen. Diese Theorien müs-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sen im Prozess der Forschung erst an den ecuadorianischen Fall angepasst werden, sind also selbst noch zu überarbeiten.

Da kein weitreichendes Wissen über die Geschichte der Indigenenbewegung und die ihrer Begriffe vorausgesetzt werden kann, werden diese in den jeweiligen Teilen vor der Interpretation und theoretischen Einordnung aus der Perspektive relativ neutraler Ansätze (im ersten Fall die Geschichte von unten, im zweiten die Begriffsgeschichte) behandelt und erst anschließend weitergehend bearbeitet. So soll eine Kombination von textlicher, kontextueller und interpretativer Ebene erlaubt werden, die sowohl in den einzelnen Teilen, als auch in der gesamten Arbeit im Sinne einer Diskursanalyse greifen soll (Ruiz 2009: 10).

Die dem ersten Teil der vorliegenden Arbeit (II. Geschichte der Indigenenbewegung Ecuadors) zugrundeliegenden Kategorien orientieren sich an Geschichte und Entwicklung der verschiedenen Indigenenorganisationen. Die induktive Kategorienentwicklung hat – aufgrund der relativ häufigen Erwähnung – zu einer Betrachtung zweier Organisationen geführt, die nicht direkt der Indigenenbewegung angehören, aber regelmäßig mit diesen kooperieren. Die Kategorien des zweiten Teils (III. Begriffe der Indigenenbewegung) orientieren sich an dem oben entwickelten Konzept des politischen Begriffs. In diesem Fall hat die Anwendung der Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse dazu geführt, dass durch die deduktive Kategorienanwendung mit dem Begriff des Guten Lebens ein Begriff analysiert wurde, der in den Texten der Organisationen selbst kaum eine Rolle spielt – allerdings als politischer Begriff im Sinne dieser Arbeit verstanden werden muss. Der dritte Teil orientiert sich an den Kategorien die im Umfeld der Kolonialität der Macht entwickelt werden, die auf die zuvor erarbeiteten Erkenntnisse angewendet werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.intro https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -